

laut: „Von nach Osten!“ Damit ist nun keineswegs, wenn er auch stark an antipolnische Stimmungen anküßt, das Polen-Bildnis gemeint, sondern die Sowjetunion. „Es ist höchste Zeit, Polen-Massentum (gemeint ist der Kampf der imperialistischen Länder untereinander) zu zeigen durch eine Gefahrengemeinschaft zwischen all den Nationen und Wirtschaften, die durch den ideologischen und wirtschaftlichen Bolschewismus bedroht sind“, so heißt es in einem programmatischen Artikel des „Stahlhelm“ vom 24. Mai über die Schicksale Europas. Die Abneigung gegen Polen beschränkt sich nur noch auf den Vorwurf, daß Polen „kein geeigneter Schutz Europas gegen den Bolschewismus“ sei, und gegen Frankreich wird ins Feld geführt, daß sein Paneuropagedanke, der Deutschland die Mittelmächte nicht wehrt, zur „Förderung der bolschewistischen Welt“ führe. Demgegenüber fordert der Stahlhelm den „mittel-europäischen Zusammenschluß“ unter Führung der „europäischen Verbündeten dritten Deutschen Reiches“.

Die strategischen Machtpläne und Kriegsziele des Stahlhelms sind die Zusammenfassung, die bis in ihre letzten Einzelheiten mit den entsprechenden Plänen der deutschen Bourgeoisie übereinstimmen, und die in Deutschland entwickelt, daß es keines weiteren Kommentars bedürftig.

Nicht minder deutlich spricht sich der Stahlhelm über sein innerpolitisch-politisches Programm aus, das seinen volksfeindlichen Charakter offen an der Spitze trägt: So fordert er die „Senkung des Lebensstandards“ der „Masse“, deren „Anspruch in Einklang mit der wirtschaftlichen Realität“ gebracht werden müsse. Die „Idee der Gleichheit aller“ müsse verworfen werden. Offen wird die Befreiung der Erwerbslosenunterstützung und die Durchführung der Zwangsarbeit für alle arbeitsfähigen jungen Männer gefordert, um „die gesamte junge Mannschaft an Zucht und Ordnung zu gewöhnen“. Entweder sein

irrhören Kundgebungen fordert er eine „grundlegende Reform“ des Staates, die Aufrichtung einer faschistischen Rechtsdiktatur, deren Aufgabe der Kampf gegen den Kommunismus bis zu seiner völligen Vernichtung sei.

„In der Zukunft werde es nur zwei Parteien geben, die nationale Rechte und die Kommunisten. Alles was zwischen beiden Fronten steht, wird gerieben. Bei der kommenden Diktatur werde es sich nur darum handeln, ob sie von rechts oder links kommt. Gegen 100 000 Mann Reichswehr, einhundert Millionen Stahlhelmer und sechs Millionen Nationalsozialisten wird sich auf der Linken kein Widerstand erheben. Ist Deutschland frei, dann werde auch die im Rhein verfallene Kaiserkrone wieder gehoben werden. Für jeden Stahlhelmer gelte nach wie vor der feierliche Eid: „Für den Stahlhelm.“

Das waren die Worte des Landesverbandsführers des Stahlhelms auf einer Kundgebung am 18. Januar in Celle.

Diese programmatischen Neuherungen lassen erkennen, daß der Breslauer Aufmarsch des Stahlhelm eine große Kriegs- und Bürgerkriegsparade gegen den revolutionären Freiheitskampf der werktätigen Volksmassen, gegen das Sozialismus aufbauende 160-Millionen-Volk der Sowjetunion ist. Um so empörender ist das Verhalten der sozialdemokratischen Preußenregierung und ihrer Polizeipräsidenten, die dem Stahlhelmaufmarsch den Schutz ihrer Polizeikräfte zur Verfügung stellen, in Berlin und Breslau alle antisozialistischen Kundgebungen verbieten und den faschistischen Terrororganen den Weg ebnen.

Die werktätigen Volksmassen in Stadt und Land aber formieren mit um so größerer Kampfeslust die rote antisozialistische Volksfront unter Führung der SPD, die den Faschismus und seine Spießgesellen zu Paaren treiben wird.

„Stahlhelm“ würde empfinden und das „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“ würde verklingen.

Die Wertigkeiten werden einsehen, daß Stahlhelm gleichbedeutend ist mit Bürgerkrieg und werden die Generäle und Führer, die Stiefelpuffer der Kapitalisten mit uns und unter unserer Führung zum Teufel jagen. Sorgen wir dafür, daß General von der Lippe recht behält, daß die Siegesbahn des Bolschewismus mit den Leibern dieses weißen Gefindels gepflastert wird und auch mit den Leibern derjenigen, die diesen Stappentrollen den Weg ebnen und mitschuldig sind an der Interventionspolitik.

Auf 26 Soldaten ein Offizier

In Deutschland wird die Arbeitslosigkeit nur bei faschistischen Offizieren liquidiert

Nach der jetzt bekanntgewordenen Rangliste des deutschen Reichsheeres sind im vergangenen Jahre eine Anzahl Offiziere neu eingestellt worden, und zwar: 1 Oberstleutnant, 6 Majore, 25 Hauptleute, 59 Oberleutnants und 16 Leutnants. Das deutsche 100 000-Mann-Heer zählt gegenwärtig 42 Generale, 105 Oberste, 191 Oberleutnants, 379 Majore, 1122 Hauptleute, 1308 Oberleutnants und 633 Leutnants. Umgerechnet ergibt das, daß auf 26 Soldaten ein Offizier kommt. Auf je 26 Mann können sich also je ein General, ein Oberst, ein Oberleutnant, ein Major, ein Hauptmann, ein Oberleutnant oder ein Leutnant die „Wechselschraube“ teilen.

Diese Offiziersausstellung zeigt drastisch den Charakter der deutschen Armee, der allerdings noch auffälliger bei der Marine zu sehen ist. Während Millionen hungern, werden die Reichswehr-offiziere buchstäblich überflutet.

Anverschämte Naziheke gegen Ruhrarbeiter

Die Bergarbeiter und Metallarbeiter des Ruhrgebietes machen schwere Wochen durch. Hunderttausende sind in ihrer Existenz bedroht. Ihre Ausbeuter und die Brüning-Regierung bedrängen sie in gleicher Weise. Hier ist wirklich ein Volkskampf gegen die Young-Asseultung im Werden.

Jetzt nimmt der Berliner „Angriff“ des Mordkolonnenführers Goebbels das Wort zum bevorstehenden Ruhrkampf. Und was schreibt er? Man muß es wörtlich lesen und überall verbreiten, um die ganze Unverschämtheit dieser bestochenen Unternehmerpartei zu charakterisieren. Es sind nur sieben Zeilen, aber sie genügen. Wir zitieren:

„Nach zuverlässigen vertraulichen (wohl aus den Direktionsbüros? D. Red.) Informationen plant die kommunistische KPD, vom Beginn des nächsten Monats ab einen Massenstreik im Ruhrbergbau durchzuführen. Der fattsam bekannte Hege Sawlow ist bereits eifrig am Werke, um diesen neuen Wahnsinn zu Ehren Moskows ins Werk zu setzen.“

Hier riecht man förmlich die Bestechung. Was hat dem Ruhrloshandlert diese Notiz gekostet?

Der Stahlhelm als Einpeitscher des Interventionstrieges

Aus Siegen wird uns mitgeteilt:

Am 30. und 31. Mai will der Stahlhelm, die Knüppelgarde der Ausbeuter, Schlägen terrorisieren. Durch sein Geschrei, er komme dem bedröhten Völkchen zu Hilfe und seine Demonstration richtete sich gegen Polen, wird verächtlich, die Wertigkeiten sind in die Augen zu treten, was auch die SPD-Presse mit beiträgt. Die Professoren vom „Angriff“ bis zum „Vorwärts“ unterstützen diese Verdammungspolitik des Stahlhelms. Daß der Aufmarsch des Stahlhelms für die Professorenschicht eine ernste Aufgabe ist, beweist ein Brief, den die Vorkriegszeitung „Das Deutschland der Adern“, Nr. 21 vom 23. Mai 1931, veröffentlicht. Dieser Brief, besser gesagt Appell, kommt von einem prominenten Stahlhelmführer, dem General von der Lippe und erzieht durch Vermittlung des bekannten Herrn Arnold Kochberg in dem Organ der französischen Wehrmacht „Le France Militaire“ vom 29. April. Er hat folgenden Wortlaut:

„Meine Herren französischen Kameraden, ich war vor dem Weltkrieg Oberst eines unter den russischen Grenze in Garnison liegenden Artillerieregiments. Die kaiserlich-russischen Offiziere waren unsere Kameraden, in mehreren vorangegangenen Kriegen hatten wir Schulter an Schulter gekämpft. Unter diesen unseren russischen Kameraden waren Offiziere von bester Qualität und großer Tapferkeit. Aber dann haben wir gegeneinander Krieg geführt, und dieser Krieg hat mit dem Siege des Bolschewismus in Rußland geendet, während wir mit knapper Not der Herrschaft des Bolschewismus auch über Deutschland entzogen.“

Diesemigen unserer russischen Kameraden, die den Krieg und die russische Revolution überlebten und nicht von der GPHL ausgeklüfft wurden, die nicht in dem bolschewistischen Rußland Hungers sterben mußten oder sich ins Ausland geflüchtet haben — die müssen dort ihr Dasein als Arbeiter, Chausseure und Pfortner fristen, während wir den Untergang unserer so ruhmreichen Armee erlebten. Wenn auch einige von uns deutschen Offiziere eine bescheidene Beschäftigung in der verkleinerten Reichswehr fanden, so haben die anderen infolge der Auflösung des deutschen Heeres ihre Stellung und durch den finanziellen Zusammenbruch Deutschlands, durch die Inflation, die im Gefolge des Krieges eintrat, ihr Privatvermögen verloren.“

Das ist die Einstellung zum Völkchen als Landvater, wobei fremde Länder werden kann, wenn man von der „Not“ der Offizierskinder lebt. Das zeigt der ausführliche Schluß des Briefes:

„Wir ruhen den Franzosen zu: Ihr braucht nicht zu fürchten, daß wir euch in dreißig Jahren „überwinden“, aber benehmt euch so, daß unsere Kinder und Enkel in dreißig Jahren keinen Grund haben, euch zu hassen.“

Ganz klar aber melden wir unsere Ansprüche im Osten an, denn die Freiheit des deutschen Völkchens ist deutsches Recht.“

Diese Erklärung im „Stahlhelm“ vom 22. März 1931 ist die letzte Anerkennung des Versailles-Schandvertrages, die Preisgabe der Millionen deutschen Arbeiter und Bauern in Elsaß-Lothringen, in Moskau und in Eubien-Malmedu. Warum?

Zum gemeinsamen Raubzug gegen die sozialistische Sowjetunion

Wenn was mit unseren „Ansprüchen im Osten“ gemeint ist, erlaubt der Berliner Stahlhelmführer Major Stephani in einer Landunterlegung:

„Kapital heißt Wiedererlangung des geraubten Landes im Osten und Platz für deutsches Volkstum zu schaffen. Die übrigen Mächte werden durch eines Tages gezwungen sein, gegen das bolschewistische Wespenneß, das den Menschen die Seele raubt, mit Waffengewalt vorzugehen.“

„Deutschland muß keine Stellungnahme zugunsten Englands usw. von der Erlaubnis zur Aufrichtung abhängig machen.“

„Denn wir, französischen und deutschen Kameraden, jetzt wiederum nicht einsehen, daß wir die Vergangenheit vergessen und Sand in Hand legen müssen gegen die uns bedrohende Gefahr, wenn wir uns dazu hinreichend lassen, uns einmal untereinander zu schlagen, dann werden wir die Siegesbahn des Bolschewismus mit unseren Leibern pflastern. Genehmigen Sie, meine Herren französischen Kameraden, den Ausdruck meiner ausgesprochenen Hochachtung, General G. von der Lippe.“

Das genannte Blatt veröffentlicht auch die Antworten der Erbfeinde, die eine Abjage an den Stahlhelm sind. Daraus aber die Konsequenz zu ziehen, daß Frankreich den Krieg gegen die Sowjetunion ablehnt, wäre natürlich falsch. Die Moskauer

Prozesse gegen Kamfin und Genossen, gegen die Industriepartei, beweisen, daß die Imperialisten und ihre Lakaien die Sabotage unterstützen und den Interventionstrieg vorbereiten.

Wie wäre es, wenn Sie, Herr Duesterberg oder Selbte, diesen Brief des Generals am Sonntag bei der Kundgebung vorlesen würden?

Den Proleten im Stahlhelm und allen Wertigkeiten, die genau so gut wie wir wissen, daß Polen der Verbündete von Frankreich ist, würden ob dieser Stiefelkerei die Augen aufgehen. Sie würden erkennen, wie sie irreführt werden, das Kampfgeschrei gegen den

Der Oberpräsident wird geschulmeister

Die Auslegung der Notverordnung — Der Polizeipräsident weiß es besser

Der Oberpräsident von Schlesien, der Sozialdemokrat Lüdemann, hat auf eine Anfrage der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei, ob die bloße Ankündigung von Versammlungen und Versammlungen „anmeldepflichtig“ ist, folgendes geantwortet:

Die öffentliche Ankündigung politischer Versammlungen ist nicht anmeldepflichtig. Ich mache Sie aber auf die Bestimmungen des § 10 (3) der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. März aufmerksam, wonach die öffentliche Ankündigung politischer Versammlungen nur die zur Bekanntgabe der Versammlung erforderlichen sachlichen Angaben über Ort und Zeit der Versammlung, Veranstalter, Teilnehmer, Redner, Vortraggegenstand, Aussprache und Eintrittsgeld enthalten darf. Wer dieser Vorschrift zuwider politische Versammlungen öffentlich ankündigt, wird bestraft (§ 11 Ziffer 2 obiger Verordnung).

i. A. gez. Dr. Kemmerer, begl. Mattern, Staatssekretär.

Soweit so gut. Dieser Maß stellt zwar eine ungeheuerliche Unterdrückung jeglicher Propaganda und Agitation dar, und was zu dem sachlichen Inhalt der Notverordnung zu sagen ist, haben wir in unserer Presse oft genug betont und wir werden auch in Zukunft Gelegenheit haben, sie weiterhin als das anzuprangern, was sie ist. Aber jedenfalls ist aus dieser Mitteilung des Oberpräsidenten zu ersehen, daß die bloße Ankündigung öffentlicher Versammlungen nicht anmeldepflichtig ist.

Wer nun aber glaubt, in der Hungerstadt Breslau ungestraft politische Versammlungen anzukündigen zu können, der befindet sich im Irrtum. Der Herr Breslauer Polizeipräsident ist nämlich anderer Meinung als sein Herr Vorgesetzter, der Herr Oberpräsident Lüdemann. Der Herr Polizeipräsident fühlt sich berufen, die Belange des Staates und der Staatsgewalt noch weitgehend in Schutz zu nehmen. Er ließ der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei telephonisch mitteilen, daß er dieses Schreiben des Herrn Oberpräsidenten nicht billige und darauf besteht, daß auch die bloßen Ankündigungen politischer Versammlungen von ihm genehmigt werden müssen. Der Oberpräsident wird also von seinem Untergebenen geschulmeister.

Das ist immerhin interessant festzustellen und wirft ein bezeichnendes Licht auf den Wirrwarr, der bei den „maßgeblichen Stellen“ über die Anwendung der lauschaftigen Notverordnung herrscht. Es kann nämlich auch umgekehrt kommen. So passierte z. B. folgendes:

Bekanntlich wurde das Flugblatt der Kommunistischen Partei „Gegen den Stahlhelm“, nachdem der Inhalt unbeanstandet in der Zeitung erschienen war, vom Oberpräsidenten und Sozialdemokraten Lüdemann „wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ auf Grund der Notverordnung verboten. Dieses Verbot wurde der kommunistischen Partei zu einer Zeit mitgeteilt, als die Flugblätter bereits an die Ortsgruppen versandt worden waren. Bei der Aktivität unserer Genossen in den Ortsgruppen war es selbstverständlich, daß sofort die Verteilung organisiert wurde. Da die Bezirksleitung der Ortsgruppen nicht mitteilen konnte, ob das Flugblatt genehmigt worden ist oder nicht, legten nun die Genossen der Ortsgruppe Greiffenberg das Flugblatt dem Bürgermeister vor. Der Bürgermeister, der als „national“, „national“ bekannt ist, sand keine Ursache, das Flugblatt zu verbieten. Hier also zeigt sich, daß ein Sozialdemokrat die Belange des Stahlhelms viel rücksichtsvoller wahrnimmt als es selbst ein nationalsozialistischer Bürgermeister mag. Bessere Helfer können sich die Stahlhelmiten wirklich nicht wünschen.

Rundgebungen verboten, Flugblätter beschlagnahmt

Bollenhain, 29. Mai. Die von der Ortsgruppe der KPD zum Sonnabend, den 30. Mai, einberufene Protestkundgebung gegen den Stahlhelmaufmarsch und die angesagte Demonstration wurden vom Bürgermeister als der obersten Polizeigewalt verboten, da an diesem Tage 400 Stahlhelmbanden aufmarschieren. Außerdem beschlagnahmte der Bürgermeister auch noch das von der Ortsgruppe herausgegebene Flugblatt und das Plakat mit der Begründung, daß „der Inhalt den Stahlhelm verletzte“.

Damit hat der Bürgermeister offen zugegeben, daß der bisher immer vorgegebene Grund, daß die „öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet sei“, stets nur vorgehoben ist, und daß es darauf ankommt, die faschistische Kriegs- und Bürgerkriegsgarde des Kapitals zu schützen vor der Demasierung durch die Arbeiterklasse.

War das ein Nazibürgermeister? Oder ein Stahlhelmit? Nein, ihr habt richtig geraten: es war ein Sozialdemokrat!

Weiter mit Brüning durch dick und dünn

Zu der Entschließung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Die Hauptfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist es, daß die deutschen Arbeiter über kurz oder lang mit dem Hungerstern austräumen werden. Deswegen die Forderung in der Entschließung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß „die uns unerträgliche steigende Not und die wachsende Erbitterung der Volksmassen zu schweren innerpolitischen Verwicklungen zu führen droht.“

Man sagt nicht offen, daß es die Revolution ist, die die Herrschenden fürchten. Aber unmissverständlich auch für Herrn Brüning bietet sich die sozialdemokratische Bonzokratie an, alles zu tun, um sie zu verhindern.

So ist diese Entschließung in ihrer ganzen zynischen Mißachtung der Not des Volkes und seiner revolutionären Regungen ein neues Bündnisangebot an Brüning, auch

weiterhin mit ihm durch dick und dünn zu marschieren. Die Entschließung nimmt vorweg, was die Notverordnung bringen wird. Ja, sie fordert sogar noch mehr. Mit Recht kann daher die „Völkische Zeitung“ schreiben:

„Die Hauptforderungen der Entschließung... sind durch die Erklärung, die der Reichsminister dem Fraktionsvertreter gegeben hat, bereits so gut wie angenommen.“

Der „Börsen-Courier“ vom 29. Mai schreibt ebenfalls sehr richtig:

„Das ist eine lange Begründung der Tatsache, daß sich an der Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Kabinett Brüning zunächst nichts ändert.“

Aber verändern wird sich die Haltung der sozialdemokratischen Arbeiter zu ihren Führern. Sie kommen zur kommunistischen Partei.

Breslau

Die Arbeiterschaft auf dem Posten

Die für gestern abend angelegten Protestveranstaltungen im „Bergkeller“ und in „Hoffmanns Festsälen“ waren von einem prächtigen Kampfgeliste erfüllt. Bei Hoffmann sprach zunächst Genosse Eugen Wiedmeier. Er legte den Erschienenen noch einmal mit aller Schärfe den Sinn dieser konterrevolutionären Bürgerkriegsübung dar, als einen sehr wesentlichen Teil der von der herrschenden Klasse betriebenen Faschisierung. Den Hauptteil seines Referats aber hatte Genosse Wiedmeier der SPD. gewidmet. Er zeigte die schamlosen Manöver auf, die von der SPD. betrieben werden, um die Tatsache vor den sozialdemokratischen Arbeitern zu verbergen, daß gerade die SPD.-Führer es gewesen sind, die dem Stahlhelm, als ein sehr wichtiger Teil des Faschismus, den Weg frei gemacht. Er erinnerte an die Taten Severings, Brauns usw., die wohl alles versucht haben, um das revolutionäre Proletariat wehrlos zu machen, aber die Stahlhelmer auf Schritt und Tritt gefährdet und geschloßt haben. Dann besprach Genosse Wiedmeier im besonderen die Manöver der „linken“ SPD.-Führer in Breslau. Er zeigte an den verschiedenen Vorgängen der letzten Zeit, wie auch die „Linken“ im Dienste des Stahlhelms und des Faschismus stehen. Nachdem Genosse Wiedmeier dann noch die Aufgaben für die Arbeiterschaft klar umrissen, schloß er unter förmlichem Beifall der Versammelten. Dann sprach Genosse Leo-Werlin über die Brünning-Diktatur und den Faschismus. Er zeigte insbesondere die Entwicklung im letzten Jahre auf, die eine einzige Kette von Maßnahmen darstellt, den Faschismus in Deutschland zur herrschenden Regierungsform zu erheben. In eindringlicher Weise schilderte Genosse Leo-W. das Hunger-Programm der Brünning-Regierung und aller hinter Brünning stehenden Volksfeinde. Er wies auf die für die nächsten Tage zu erwartenden neuen Notverordnungen hin, die wiederum eine weitere Etappe auf dem Wege zur offenen faschistischen Diktatur darstellen. Nachdem Genosse Leo-W. noch die Rolle der SPD. gegenüber der Brünning-Regierung aufgezeigt, besprach er das Programm, welches die SPD. zur Rettung der werktätigen Bevölkerung aufgestellt, und wies überzeugend nach, daß der Weg, den die SPD. dem Proletariat weist, der einzige sei, der Freiheit und Brot für alle Werktätigen schaffen wird. Mit einem feurigen Appell, die SPD. auf diesem Wege zu unterstützen, schloß Genosse Leo-W. unter förmlichem Beifall sein Referat.

Im Bergkeller sprach außer dem Genossen Leo-W. der Genosse Freik.

Der Verlauf der Versammlungen zeigt, daß die Breslauer Arbeiterschaft kampfbereit in Bereitschaft steht und gewillt ist, die Konterrevolution bis zur völligen Vernichtung zu bekämpfen.

Todessturz eines Nervenkranken aus dem Fenster

Am Freitag gegen 5.15 Uhr stürzte sich die 42jährige Ehefrau Marie B., geborene K., aus der Holsteistraße, aus einem Fenster der Wohnung ihres Schwagers in der Sadebeckstraße aus dem dritten Stockwerk auf die Straße hinaus. Die Lebensmüde war erst vor wenigen Tagen aus der Nervenklinik in der Lindenstraße entlassen worden und hat nun Selbstmord verübt. Sie hielt sich bei ihrem Schwager nur beschuldigt auf. Sie wurde in schwer verletztem Zustande dem Allerheiligen-Hospital zugeführt, wo sie jedoch verstarb.

Die Leiche eines Ertrunkenen gelandet

Am Donnerstag gegen 14 Uhr wurde am Umschlaghafen an der Posener Eisenbahnbrücke die Leiche des am zweiten Wirtstagelertage gegen 10.20 Uhr ertrunkenen Arbeiters Gerhard W. B. in, zuletzt wohnhaft Freiburger Straße 40, geborgen.

An alle Stadtteileitungen der Partei!

Achtung! Die noch nicht abgerechneten Karten von der Lunaparl.-Veranstaltung (Linke-Hofmann) sind bis spätestens 30. Mai beim Bezirkskomitee der RSD., Breite Straße 6/7, abzurechnen. Die dann noch käumigen Stadtteileitungen werden wir öffentlich in der Presse mahnen.

Strehlen

Erwerbslosenausschuß fordert die Unterhaltung der Volkshäuser auch im Sommer

Bekanntlich soll die Volkshäuser mit dem 31. Mai ihre Pforten die Sommermonate über schließen. Wahrscheinlich nehmen die Behörden an, daß sich die Hungernden von Strehlen, deren keineswegs weniger geworden sind, von Gras und Kräutern nähren sollen. Der Erwerbslosenausschuß hat dem Landrat und Bürgermeister von Strehlen nunmehr folgenden Antrag unterbreitet:

„Die Spigenbehörde des Kreises und der Stadt Strehlen wolle beschließen, die Volkshäuser auch während der Sommermonate hindurch zu unterhalten und kein Mittel unversucht zu lassen, die dafür erforderlichen Gelder flüssig zu machen.“

Man darf gespannt sein, wie man sich zu diesem Antrage stellen wird. Verfällt der Antrag dem Papierkorb, da wird man sich eines Tages nicht wundern dürfen, wenn die hungernden Strehlener Arbeiter rebellieren und Selbsthilfe ihr Gebot nennen.

Stadt- und Landproleten in geschlossener Abwehrfront gegen Stahlhelmaufmarsch

Strehlen. Zwei am Mittwoch von der hiesigen Ortsgruppe durchgeführte öffentliche Versammlungen, und zwar vormittags bei den Erwerbslosen am Reitplatz und abends bei den Landarbeitern in Krippitz, hatten eine Massenbeteiligung aufzuweisen. Stadterordneter Genosse Andrzejka schilderte den Erwerbslosen im besonderen die Auswirkungen der Notverordnungen der zurückliegenden und der uns noch bevorstehenden Zeit. Überall Abbau und Abwälzung der Lasten auf die breiten Massen, überall Verzweiflung und Elend. Und mitten in dieser Hungerepoche arangiert der Stahlhelm einen nationalen Rummel, der die volle Unterstützung auch der Behörden findet, jener Behörden, die bekanntlich für die Erwerbslosen nie etwas übrig haben. Genosse Bartnek zeigte in Krippitz den Landproleten in seinem Referat auf, welche Aussichten den Landarbeitern heute die letzten Lebensbedingungen zu rauben drohen. Abschaffung des

Die Polizei verhängt den Kriegszustand über Breslau

Nach den mannigfachen „Vorübungen“, die von der Gummiknüttelarmee in den letzten Wochen für den 30. und 31. Mai veranstaltet wurden, konnte man auf allerhand gefaßt sein. Aber das, was inzwischen Wirklichkeit geworden ist, übertrifft doch alle, auch die kühnsten Erwartungen. Es hat fast den Anschein, als ob tatsächlich wieder Tage im Anzug wären, wie sie ähnlich vor 10 Jahren Oberschlesien erlebt hat, die man ja an Pfingsten entsprechend dort gefeiert hat.

Die Luft ist geschwängert von einem „Geist“, wie ihn reichlicher Genuß von Alkohol im Kriege zu erzeugen hatte, um die notwendige Brutalität zur Mordbrennerei herbeizuführen. Es wimmelt nur so von den Garbisten mit dem Gummiknüttel in allen Teilen der Stadt. Die Kommandanten dieser Garde haben es nicht für opportun gehalten, die genaue Zahl der Mannen anzugeben, die man von auswärts zur „Miliz“ herbeigeht hat. Jedenfalls steht das eine fest, daß eine Riesenzahme hier zusammengezogen ist, als gälte es einen wirklichen Krieg durchzuführen. Aber das ist falsch. Wichtig ist, daß tatsächlich so eine Art Kriegszustand über Breslau verhängt ist. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen: Breslau ist zum „Feindesland“ erklärt. Was die Polizei für den 30. und 31. Mai sich angewacht hat, das kann gar nicht anders gewertet werden als wie eine gnostische offene Kriegserklärung an jenen Teil der Breslauer Bevölkerung, der nicht von der Stahlhelmpist angekränkt ist.

Mit solcher Offenheit sich in den Dienst einer Garde zu stellen, die nichts mehr, aber auch nichts weniger darstellt als eine Armee von Söldnern, die vom Geldsack gebunden ist, die Arbeiterklasse schlagbereit für den Profit zu machen, das heißt, die für diesen Profit entstandene Gefahr auch durch Massenabschlachtung herbeizuführen, das ist nichts anderes als die offene Kriegserklärung. Mehr als ein Drittel der Breslauer Bevölkerung hungert. Es gibt keine Großstadt in ganz Deutschland, wo die Not so riesengroß ist wie in Breslau. Schon in der Tatsache des Stahlhelmaufmarsches an sich ausgerechnet in Breslau liegt eine so empörende Herausforderung, daß eine Polizei, die auch nur den Schein wahren wollte, nicht auch ein Teil dieser Garde zu sein, alle Ursache gehabt hätte, jede besondere Provokation zu vermeiden.

Was aber ist geschehen? Die Polizei hat es darauf angelegt, den Selbst-Geist noch zu übertrumpfen. Die Werktätigen Breslaus, die nicht nazistisch oder stahlhelmitisch verfaßt sind, sollen sich wie Hunde vor der konterrevolutionären Stahlhelmgarde verziehen. Sie die zu vielen Tausenden im Schützengraben gebüht, die sich jahrgelänglich ihre Knochen für das „Vaterland“ schinden lassen mußten, um jetzt Rohldampf zu schlecken, sie sollen sich auf den Straßen nicht mehr sehen lassen. Warum? Für wen? Damit die Selbst-Garde sich unbehelligt austoben kann. Damit eine Horde von Stappens-

schweinen, von Helmträgern, von grünen Jungen sich frech ausbreiten kann.

Inwieweit, das ist Kriegszustand, den die Breslauer Polizei verhängt hat, um allen denen, die es noch nicht wissen, zu beweisen, daß sie Fleisch vom Fleisch der Selbst, Duellerberg und Co. ist. Und wer das etwa immer noch nicht aus dem bisherigen entkommen hat, der braucht sich bloß den Plan anzusehen, den die Polizei für den Aufmarsch der Garde entworfen hat. In ausgesprochen roten Arbeiterquartieren, wo von Stahlhelmgeliste nicht eine Spur zu finden ist, da sollen diese Banden, beschützt und betreut von der Polizei, Straßendämme werden kitzgelegt. Straßen und Brücken werden gesperrt. Eine ganz neue Verkehrsordnung hat man für diese Tage entworfen.

Was soll das alles? Es soll den Werktätigen eingeschämert werden, daß sie Parasit, daß sie minderwertige sind. Die Polizei will diesen Werktätigen einbläuen, daß dem leidenden Prolet, dem Pöbel des Geldsacks, die Straße gehört. Faschismus ist Trumpf, das soll dieses Treiben der Polizeigarde allen in die Ohren schreien, die etwa immer noch glauben, wir haben eine Republik und sogar eine demokratische.

Die Gewalt geht nicht vom Volke aus, sondern vom Stahlhelm plus Falkenkreuz plus Gummiknüttel; das ist der Sinn der Polizeimaßnahmen in diesen Tagen.

Daß dem so ist, dafür hat die Polizei am gestrigen Tage noch einen weiteren Beweis erbracht. Gestern mittag um 11 Uhr gab sie der Partei bekannt, daß nicht einmal der geschlossene Anmarsch zu den Protestkundgebungen gestattet sei. Als am Weichenburger Platz die Genossen antraten, da war auch schon wieder eine der üblichen Gummiknüttelattaden fällig.

Für die werktätige Breslauer Bevölkerung, die nicht zum Stahlhelm oder Falkenkreuz zählt, herrscht also Kriegszustand. Für diesen Teil ist Breslau in diesen Tagen Feindesland. Sei es drum. Jawohl, wir sind Feinde der Herden, die in diesen Tagen Breslau erobern wollen, reißlos erobern für den Geldsack. Wir sind Todfeinde dieser Banden und werden von dieser Todfeindschaft auch nicht ein Jota aufgeben. Wenn die Polizei sich mit diesen Todfeinden aller Werktätigen solidarisiert, dann ist das für uns nur ein Grund mehr, diese Todfeindschaft aufs höchste zu steigern. Das Bündnis der Polizei mit dem Stahlhelm wird für uns nur der Anlaß sein, unsere Kräfte zur Abwehr und zur Vernichtung dieser Todfeinde zu vergrößern. Wir werden trotzdem unseren Abwehr- und Vernichtungskampf gegen den Faschismus nicht nur nicht mildern, sondern ihn verstärken. Die Werktätigen Breslaus werden alles aufbieten, um diese Tage nicht zu Ehrentagen der Konterrevolution, sondern zu Ehrentagen des Abwehr- und Vernichtungskampfes des Faschismus zu gestalten.

Millionendefizit für die Wuwa, aber kein Geld für Wohnungsbeschaffung für tuberkulöse Proleten

Von einem tuberkulösen Proleten erhalten wir folgende Zuschrift, die das Elend der Tuberkulösen auf der einen Seite, und auf der anderen Seite die Art Schilber, wie mit diesen Opfern des Kapitalismus verfahren wird. Der Mann schreibt: Ich bin lungentuberkulös, meine Frau leidet an Wirbelsäulentuberkulose. Seit dem 14. Dezember 1920 bemühe ich mich bei dem Wohnungsamt um eine Wohnung, jedoch bisher vergebens. Am jedoch nicht obdachlos zu sein, habe ich eine Kellerwohnung, die gleichzeitig Werkstatt ist, gemietet. Diese Wohnung ist benetzt feucht und ungesund, daß sie bereits einmal von der Gesundheitspolizei gesperrt war. Licht, Luft und Sonne, die Hauptbedingungen, die für das Fortleben eines Tuberkulösen erforderlich sind, fehlen hier total. Das Gegenteil ist der Fall. Die Feuchtigkeit ist so groß, daß täglich der Schimmel abgekratzt werden muß. Da meine bauern den schriftlichen Witten, mir doch eine Wohnung zu besorgen, immer ablehnend beschieden wurden, begab ich mich selbst nach dem Wohnungsamt. Dort erklärte mir der Bearbeiter: So lange ich keine Kinder habe, sei nichts zu machen; aber aber, ich soll, wenn ich zwei Jahre verheiratet bin, nochmals wiederkommen, dann werde ich in zehn Jahren eine Wohnung erhalten. Auf meinen Einspruch gegen eine derartige Wfertigung wurde ich durch Schupo hinausgeworfen. Nach vierzehn Tagen erhielt ich ein Schreiben, wonach mir

das Betreten der Räume des Wohnungsamtes bei der Drohung geordneter Folgen unterkagt wurde.

Auf ein Vierteljahr wurde ich dann mit meiner Frau nach der Heilstätte Herrnsproß überwiesen. Als wir nun vorige Woche wieder zurück kamen und ich auf dem Wohnungsamt wieder vorstellig wurde, ließ man mich unter Berufung auf das mir übersandte Schreiben nicht herein. Als ich nun erklärte, daß ich doch tuberkulös sei und die ärztlichen Atteste sich in den Akten des Wohlfahrtsamtes befinden, wurde einfach gesagt, „daß geht uns gar nichts an“. Mein sowie meiner Frau Leben hängt nur von Licht, Luft und Sonne ab, aber diese Bürokraten machen sich nichts drauß, ob ein Prolet verreckt. Was sagt die Lungentuberkulosefürsorge dazu?

So weit der Bericht des tuberkulösen Proleten. Er ruft: Was sagt die Lungentuberkulosefürsorge dazu? Nun, die Lungentuberkulosefürsorge greift nur bei demjenigen ein, die heucheln und betteln; die anderen können ruhig verrecken. Was kümmert es Direktoren oder Kommissare des Wohnungsamtes, ob tuberkulöse Proleten Licht, Luft und Sonne brauchen; das ist nicht so wichtig. Wichtig für den Staat ist das Bereitstellen von Finanzen für Rennpferde, Polizeihunde, dafür ist immer das Geld vorhanden. Tuberkulöse Proleten, die können verrecken. — Wer fragt danach?

Dampferfahrt der Roten Hilfe am 7. Juni

Der morgige Sonntag muß dazu benutzt werden, eine eifrige Propaganda für die Dampferfahrt zu entfalten.

Es geht heraus nach Margareth. Karten für Erwachsene 1 Mark, für Kinder 30 Pfennig, sind im Büro der Roten Hilfe, im Verlag der „Arbeiter-Zeitung“, bei allen Stadtteil-Leitern der Roten Hilfe, der Ja und im Parteibüro der Oderstraße zu haben.

ROB
REISE OHNE BARGELD
MIT DEM REISEKREDITBRIEF
DER SPARKASSEN
Stadt. Sparkasse zu Breslau

Verlorenes ist eines der verbrecherischen Ziele der Krantjunker, und die gewalttätige Pressung in die Stahlhelm- und Nazi-Parteien müssen die Landarbeiter mit Schaffung der revolutionären Einheitsfront beantworten. Das war der Ausgang seiner Ausführungen. Der Beifall in beiden Versammlungen zeigte den einmütigen Willen, die Kampf-front zu schmieden.

Der eingeleitete Aktionsauschluß gegen Stahlhelmaufmarsch und Faschismus arbeitet nun reg, um dem Stahlhelm zu beweisen, daß Strehlen nicht gewillt ist, Provokationen dieser Selbst-Jünglinge und Stappenschweine so ohne weiteres hinzunehmen. Nicht der Bürgermeister als Degenerent der Polizei wird trotz unserem Demonstrationen, verhat am Sonnabend zu schaffen vermögen, daß die Strehlener Arbeiterschaft die Straßen den Mordbrennern vom Stahlhelm ohne weiteres überläßt.

Geschäftliches

Rechnen Sie die Uhr mit — wenn Sie Waschen gehen. Eine Viertelstunde — nicht mehr, aber auch nicht weniger — braucht die Wasche in fastangesehener Perle-Waage zu kochen, um sie luftig-frisch und blendendrein zu kriegen. Rechnen Sie nur mal nach, was Sie dabei an Kosten, Zeit und Kraft sparen! Wieviel besser haben's doch unsere Frauen gegen früher.

Verantwortlich für die 1. und 2. Hauptseite, Broding und Solales: Witzke, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Carl Brodner, Berlin. — Für Inserate: Carl Gansdorf, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau.

Niederschlesien Und wieder 20 schlesische Arbeiter vor der Klassenjustiz!

Angeklagte, darunter drei Sozialdemokraten, begrüßen die aus der Untersuchungshaft Vorgeführten mit einem kräftigen, dreifachen „Rot Front“

Vorgestern begann in Görlitz gegen 20 Riescher Proleten der Prozess wegen schwerer Landfriedensbruch. 5 unserer Genossen befinden sich seit 4 Monaten in Untersuchungshaft. Mit einem kräftigen dreifachen „Rot Front“ begrüßten die 14 Angeklagten, als sie den Verhandlungssaal betraten, ihre 5 Klassengenossen, die aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurden. Diesem Gruß schlossen sich auch die 3 sozialdemokratischen Mitangeklagten an. Der aus dem Görlitzer Sozial-Prozess bekannte Staatsanwalt, der damals gegen Proleten schwere Zuchthausstrafen beantragte, rief voller Bestürzung der Polizei zu, sie möge einschreiten. Nazis dürfen sich vor dem Gericht alle Demonstrationen erlauben, wenn aber Proleten ihre Klassengenossen, die monatelang verhaftet waren, nach revolutionärer Art begrüßen, so möchte der Staatsanwalt am liebsten sofort schwere Gefängnisstrafen verhängen.

Prächtiger Kampfsgeist herrscht unter den Angeklagten, vor allem unter denen, die aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurden. Einer nach dem andern steht auf und sagt den Richtern, daß sie diese Klassenjustiz nicht fürchten und daß sie dasitzen zwar als Angeklagte in den Augen der Klassenjustiz, aber als Ankläger des herrschenden Systems gegenüber der proletarischen Klasse. In schärfster Form geißeln sie die Methoden, die man sich während der Voruntersuchung gegen sie erlaubt hat. Genosse Walzer schleudert den Richtern entgegen, daß das Gericht die Aufgabe hat, die Nazis zu schützen,

da sie die größten Feinde der revolutionären Arbeiterschaft und die besten Beschützer des kapitalistischen Systems sind. Die Angeklagten sind sich dessen bewußt, daß, wie in allen Prozessen gegen Arbeiter, sie schwer bestraft werden. Trotzdem werden sie sowohl gegen die Klassenjustiz als auch gegen das heutige herrschende System und dieses System stützenden Faschismus kämpfen. Von der Roten Hilfe wurde den Genossen Rechtsanwalt Dr. Helm aus Dresden als Verteidiger gestellt.

Arbeiter und Klassengenossen, dieser Prozess zeigt erneut, wie die Arbeiter nicht nur durch die Polizeigummiknüppel niedergeschlagen werden, daß nicht nur durch Notverordnungen das Elend und der Hunger bis zur Unerträglichkeit gesteigert wird, sondern daß man gerade durch die Klassenjustiz die aktivsten Elemente des revolutionären Kampfes in die Gefängnisse steckt, um sie so am Kampfe zu hindern.

Entschloß mit der Roten Hilfe den Volkskampf gegen Faschismus, Klassenjustiz und Polizeiterror!

Setzt in den nächsten Tagen eure Kraft ein für das Solidaritätsaufgebot der Roten Hilfe, damit kein Angeklagter ohne Rechtsanwältin vor den brutalen Staatsanwälten und Klassenrichtern steht.

Sorgt für die Frauen der politischen Gefangenen, indem ihr die Mitgliedszahl der Roten Hilfe in den nächsten Tagen verzehnfacht!

Der christliche Landarbeiterverband im Dienst der Junker Schamlose Ausbeutung mit Duldung der christlichen Buzzen

Simbten, Kreis Glogau. Von einem Landarbeiter wird uns geschrieben: Auf dem Pachtgut Simbten sind die dort beschäftigten Landarbeiter zu hundert Prozent organisiert. Es müßten demnach auf dem Gute auch erträgliche Verhältnisse herrschen. In Wirklichkeit aber ist es umgekehrt. Es sind hier Zustände vorhanden, die jeder Beschreibung spotten. Wie ist das zu erklären? Liegt es an der Belegschaft? Wir wollen von vornherein kein Hehl daraus machen, daß wir auf diese Frage leider mit einem Ja antworten müssen. Die Belegschaft ist daran schuld, denn nur durch diese Schuld ist es der Buzzenratie des christlichen Verbandes möglich, sich vollständig in den Dienst der Ausbeuter zu stellen. Was hat dieser „Christliche Landarbeiterverband“ bisher für die Arbeitnehmer getan? Im Jahre 1930 bestand seine ganze Arbeit für die Mitglieder des Verbandes darin, daß er dafür sorgte, daß drei Betriebsräte, die dem Ausbeuter nicht paßten, entlassen wurden. War das nicht eine „Leistung“, die sich sehen lassen konnte, und die auch den Arbeitern zeigen mußte, wessen Geistes Kind der Buzze war? Was hatten diese Betriebsräte verbrochen? Zwanzig Wochen waren nicht mehr unter dem Tagelohn Zuderrüben tauschen. Sie traten deshalb in den Streik, und weil die drei Betriebsräte es nicht fertig brachten, diese Frauen zu verrotten, deshalb wurden sie mit Hilfe des Buzzen davongejagt. Die Frauen aber waren nun der brutalsten Willkür des Ausbeuters preisgegeben und mußten im Afford unter ihrem Tagelohn schunkeln.

Diese schamlosen Ausbeutermethoden sollen auch dieses Jahr wieder reiblos durchgeführt werden. Die Frauen sollen 50 Renten haben schaffen, ehe sie ihren Tagelohn herauskriegen. Da der Acker in einem kaumwärtigen Zustande befindet, gelangen die Frauen höchstens auf 60 Prozent ihres Tagelohnes. Nun sollte für diese Arbeit ein Afford abgeschlossen werden, aber bis jetzt hat sich der Buzze aus Glogau noch nicht sehen lassen. Wahrscheinlich glaubt er, daß der Acker im nächsten Herbst erst im Herbst beginnt. Es wird daher höchste Zeit, daß die Mitglieder dieses Verbandes die Augen

aufmachen, um zu erkennen, was mit ihnen gespielt wird. Sie müssen begreifen, daß ihr Verband nur in einem Punkte „nützlich“ ist, und zwar beim Einkassieren der Beiträge. Wenn er diese hat, um das Gehalt für den Buzzen sicherzustellen, dann ist seine Arbeit für die Kollegen zu Ende und es beginnt seine Arbeit für den Unternehmer. So soll es laut Tarifvertrag fürs Düngestreuen noch einmal soviel geben, als tatsächlich gezahlt wird. Protestiert ein Arbeiter, dann wird er entlassen. Wenn eine halbe Ueberstunde geleistet werden muß, dann gibt es nichts dafür, und für eine Stunde nur 40 Pfennig. Dabei geht es zu den Mätgligkeiten, daß die Arbeiter länger arbeiten müssen, ohne daß dafür etwas entschädigt wird. Es heißt dann einfach, die Belegschaft ist schuld, wenn etwas nicht klappt, und dann wird eben übergearbeitet. Variieren die Frauen nicht so, wie es dem Ausbeuter beliebt, dann werden sie einfach in irgendeiner Weise „bestraft“. Als am dritten Oftertage ein paar Frauen zu Hause geblieben waren, diktierte ihnen der Junker am anderen Tage als Strafe Entzug der Arbeit für den folgenden Tag. Es ist also die reinste Sklaverei, die auf dem Gute herrscht. Und was tut der Verband dagegen? Nichts, er kümmert sich weiter nur um die pünktliche Zahlung der Beiträge. Aber wir sagen am Eingang, daß die Belegschaft selbst schuld daran sei. Und wir wiederholen das hier. Warum zahlt ihr in die Kasse dieser Buzzen euer so sauer verdientes Geld, wo ihr doch seht, daß der Verband wohl für den Junker, aber nicht für eure Interessen eintritt?

Geraut aus dieser gelben Unternehmerorganisation! Schafft euch euren Gute eine Gruppe der NSD. Sie hat schon wiederholt in den letzten Monaten auch in Schlesien gezeigt, daß sie für die Interessen der Landarbeiter kämpft. Hört nicht auf die Geze und die Verleumdungen, die in eurem Verbandsorgan gegen die Kommunisten verzapft werden. Die kommunistische Partei ist die einzige Partei, die wirklich für euch eintritt, und deshalb nicht bloß von den Junkern, sondern auch von den Lakaien dieser Junker, den Buzzen in eurem Verband, so gehaßt wird.

Görlitz

Liebe mit Hindernissen

Die „Görlitzer Volkszeitung“ berichtet in netter Plauderei von einer Schicksalskomödie, die sich in einem Görlitzer Vorort zutrug. Wie es um diesen Mann nicht anders ist, identisch sich zwei junge Leute ihre Liebe bis zur Heirat. Stunde um Stunde verankert. Immer noch liebten sich die Liebenden umschlungen. Aber was ist das? Anstatt heißer Küsse leises Wimmern und unterdrückte Flüche. Eine dritte Person erschien schließlich als Helfer und holte einen Arzt, dem es gelang, aus der Enge der Liebe wieder die Zweckmäßigkeit der Persönlichkeit hervorzulassen. Ein Liebes-Mißgeschick, das zum Glück nicht allzu häufig vorkommt.

Rauscha

Die SPD. auf dem Gimpelfang

Einige hiesige Buzzen der SPD. schmelzen beim Besuch der Maderischen Arbeiterhochschule ihr Gehirn derartig überfüllt zu haben, daß an Stelle von Erleuchtung eine Verblöschung bei ihnen eingetreten zu sein scheint. Deshalb glauben sie, daß man nicht nur mit Sped Mühe langen kann, sondern glauben, daß dafür schon ein bißchen Teufel ausreicht. Da die Mächtigkeits der NSD. und des Erwerbslosenvereins den Herrschaften ein Dorn im Auge war, glaubten sie, es sei höchste Zeit, daß auch sie auf den Plan treten müßten, um den Erwerbslosen ihr Dasein zum Bewußtsein zu bringen. Die verantwortlichen eine Beteiligung bei den Fleischern, um einige Zentner Teufel zu erlangen, und wollten diese nun geschäftlich in Vertretungen zur Verteilung bringen.

Die Proleten zogen es aber zum größten Teile vor, von diesem Verteilungsgeschäft fernzubleiben, selbst solche, die sich vorher hatten einzeichnen lassen, überlegten sich die Sache und blieben fern. Sie sagten sich genau so wie die anderen, daß der Kampf gegen den Buzzen nicht mit Teufel geführt werden kann.

Verwundern muß es, daß die Erwerbslosen, die von dieser Buzzenclique angezogen wurden, nicht von den dazugewählten Erwerbslosen, sondern von dem auf dem Arbeitsamt tätigen E. Müller geleitet wurden. Wäre unser Raum nicht für andere Sachen so viel notwendiger, dann würden wir uns auch mit diesem E. Müller ein wenig beschäftigen, aber so müssen wir uns das verneinen.

Die Arbeiter von Rauscha kennen das Gesicht der SPD. sehr genau; sie wissen, daß auch der zur Verteilung gelangte Teufel daran nichts ändern wird. Sie werden auf den Gimpelfang der Buzzen und Buzzenwärter nicht hereinfallen, sondern als Antwort darauf ihre Arbeit zur Gewinnung aller Vertäufigen für die rote Klassen-

front noch verstärken und insbesondere auch dafür sorgen, daß die NSD. noch mehr als bisher die Arbeiter erfasst.

Lauban

Die SPD. im Vormarsch

Am Sonnabend hatte die hiesige Ortsgruppe der SPD. zu einer Kundgebung auf dem Marktplatz gegen den Stahlhelm aufgerufen, zu der mindestens 1000 Personen erschienen waren. Bis zum Marktplatz marschierten etwa 270 Personen aus unserer kleinen Stadt im Demonstrationszuge. Dabei ist zu berücksichtigen, daß viele Genossen nicht erschienen konnten. Nach kurzen Ausführungen von Genossen Thierholz, Marklissa, ergriff Genosse Franz, Lauban, das Wort. Er zeigte Zweck und Ziel des Stahlhelmaufmarsches auf. Den zur Kundgebung Erschienenen aus Bürgerkreisen hielt der Redner in trefflichen Worten die „Kultur“ des heutigen Systems vor. Beispiel: Ein Kind eines Unterstützungsempfängers erhält pro Tag 20 Pfennig, ein Polizeihund aber pro Tag 42 Pfennig. Wie das System von heute arbeitet, sieht man daran, daß für Kennzeichnung 24 Millionen und für den Militäretat 500 bis 700 Millionen jährlich vorhanden sind. Einem Wollhafterwerblosen aber, der 6 Mark die Woche erhält, kürzt man diese noch auf 4 Mark (Schmiedeberg). Der Redner zeigte den erschienenen SPD.-Arbeitern die Handlungen ihrer Führer und forderte diese auf, gemeinsam mit uns zu demonstrieren. Der Erfolg des Tages kann darin gebucht werden, daß jetzt viele SPD.-Arbeiter diesem Rufe auch folgten, denn bei dem Vormarsch des Zuges von dem Markt hatte sich hier erheblich verstärkt. Die hiesigen Nationalsozialisten hatten erklärt, daß ein Duzend von ihnen genügen würde, um unsere ganze Kundgebung zum Teufel zu jagen. Bezeichnend für den „Mut“ dieser Maulhelden war, daß sie sich schon an die Ecken des Marktes gedrückt hielten und sich keiner eine Provokation erlaubte. Den Herrschaften ist bestimmt unsere Ueberlegenheit in die Knochen gefahren, und konnten sie vor Schreck ihr sonst so großes Maul anscheinend nicht auf-tun. Jedenfalls haben sie in einer ihrer Hochburgen, wie es Lauban darstellt, sehen müssen, wie unsere Bewegung in letzter Zeit gewaltig gewachsen ist. Man kann ohne Ueberhebung den Aufmarsch als einen tatsächlichen Erfolg sowohl im Eindruck, als auch zahlenmäßig angeben.

Glogau

Reichsbanner unter Druck der Kommunisten

Das provokatorische Auftreten der Stahlhelmbanden für den 30. und 31. Mai hat auch unter dem Reichsbanner große Empörung

ausgelöst. Die Aktivität der Kommunisten, die kühn und mutig in allen Orten Schlesiens den Abwehrkampf organisierten, hat auch manchem Reichsbannermann gezeigt, daß in Wirklichkeit nur die Kommunisten der Stahlhelmpest wirksam entgegengetreten. Diese Tatsache veranlaßte diese Reichsbannerproleten, auf ihre Führer einen gewissen Druck auszuüben. Da diese aber ernsthaft einen Kampf gegen den Stahlhelm nicht wollten, glaubten sie, die Empörung ihrer Anhänger dadurch abbremsen zu können, daß sie die Parole herausgegeben haben, die Proleten von der Straße wegzuziehen. Sie sollen von der Straße weg sich an einem Sammelpunkt konzentrieren. Das ist nichts anderes als eine feige Kapitulation vor dem Stahlhelm, man muß zu einer Unterwerfung dieser Garde werden, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter und die Reichsbannerproleten dieser Parole folgen.

Arbeiter und Reichsbannerkameraden! Durchschau dieses Spiel. Die Straße gehört dem Proletariat. Um die Straßen kämpft nur die kommunistische Partei. Deshalb am 31. Mai und am 1. Juni die Straße frei den roten Bataillonen!

Eine offene Anfrage an den Magistrat

Ist es wahr, daß Polizeikommissar Kramer im Gasthaus „Zum Nazi-Prinzen“ die Nacht von Sonnabend zum 1. Feiertag mit den Nazis geflohen hat? Wundern würde uns das nicht. Aber immerhin wäre es nicht ohne Interesse, zu erfahren, ob diese Behauptung, die hier allgemein verbreitet wird, stimmt.

Zwei Schulknaben in einem Wasserloch ertrunken, ein dritter vermißt

Am Dienstagmorgen badeten in einem Wasserloch auf dem sogenannten Oberwiesen nahe der Stromober der achtjährige Herbert Rohlitz und der neunjährige Helmut Eie, beide aus Glogau. In der Nähe befindliche Personen vermißten nach geraumer Zeit die beiden Kinder. Sie tunkten ihre Wahrnehmungen dem Wasserfisch mit, der sofort das Wasserloch absuchte und die beiden Knaben als Leichen barg. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Ein dritter Knabe wird noch vermißt, er wurde jedoch in dem Wasserloch nicht gefunden.

Sagan

Standrechtlich erschossen

Wir brachten im Vorjahre in unserer Zeitung einen Artikel, der den obigen Anspruch des Stahlhelmaufmarsches in der Ederischen Straße zum Gegenstande hatte. Dieser Stahlhelmer ist ja durch seine ganze Vermandtschaft eng verflochten mit der Nazibande, und es versteht sich, daß diese Gesellschaft aus Anlaß des Stahlhelmaufmarsches in Breslau jetzt eine eifrige Tätigkeit entfaltet. So haben die Nazis Gedammungen schon vor Wochen hier durchgeführt, um auch die nötigen Gelder für die „geistige“ Versorgung der Mordbanden zu haben. Unter den Geschäftsleuten, die sich an dieser Sammlung beteiligt haben, soll sich auch der Kaufmann Duzjak, Solben 34, befunden haben, der zehn Mark gespendet hat. Sollte dieses stimmen, dann werden die Arbeiter von Sagan von dieser Tatsache mit Interesse Kenntnis nehmen. Wenn dieser Duzjak ein Injunkt in der „Arbeiter-Zeitung“ oder im „Erwerbslosen“ aufgeben soll, dann hat er kein Geld. Wir halten es daher für notwendig, daß die Arbeiter von Sagan ein klein wenig mehr als bisher darauf achten, daß ihre Groschen nicht in die Hände von Leuten wandern, die mit den Nazis oder Stahlhelmbanden halten. Aus diesem Grunde wollen wir hier auch einige von den Geschäftsleuten aufführen, die sich zu jener Gesellschaft rechnen. Es sind dies der Fotograf Hankel, der Nähmaschinenverkäufer Adolf Jüstel, die Gastwirte Zingel, Mofkal und Schröder, Friseur Kungog, Kaufmann Hunger und andere, die den Arbeitern auch bekannt sind. Diese Verwandten des Stahlhelms machten mit Plakaten Propaganda gegen das Schuhhaus Bata, hielten sich am vergangenen Donnerstag und Freitag vor den Schaufenstern des Schöngewerks auf, pöbelten die aus dem Laden kommenden Kunden unverschämte an und wollten auf diese Weise Kunden fernhalten. Ein Polizeibeamter mußte den Verkehr regeln wegen Andranges. In der Freitag-Nacht hatten sich ein paar „Nazihelden“ gefunden, die nach Mitternacht dem Schuhhaus Bata die Schaufensterhebel zertrümmerten. Vier große Löcher hatten zur Folge, daß vier dieser Buzzen von der Polizei in Haft genommen wurden, aber bis heute ist von dem Täter nichts zu hören. Es steht noch nicht einmal fest, ob man ihn überhaupt hat. Denn die Polizei und die Nazis haben sich keine Augen aus, sondern schützen diese Bande noch. Man versuchte es dann den Kommunisten in die Schuhe zu schieben, diese Tat begangen zu haben, aber wer glaubt diesen offensichtlich schwindeligen Propaganda gegen Bata ist nun ins Gegenteil umgeschlagen, denn wer noch nichts von Bata wußte, ging nun hin, um sich die kaputte Scheibe zu betrachten. — Das sieht ihnen ähnlich.

Rückgang der Nazi-Bewegung in Greiffenberg!

Am Mittwoch, dem 27. Mai, fand im „Hotel zur Burg“ eine öffentliche Versammlung der hiesigen NSDAP. statt. Der Redner der braunen Mordpest sprach vor ungefähr 65 Personen, worin sich deutlich der Rückgang der Nazis offenbart, während früher die Versammlungen dieser Volksbetrüger immer sehr stark besucht waren.

Zur Diskussion meldete sich ein Genosse aus unserer Reihe, der die gesamte politische Lage nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas eingehend schilderte. Dieser Genosse ist in Frankreich, Spanien, Portugal und Italien in seinem Beruf tätig gewesen, kennt also all diese Länder aus eigener Erfahrung und Anschauung. Die Ausführungen dieses Genossen fanden bei einem großen Teil der Zuhörer großes Interesse.

Liegnitz

Wichtige Arbeitsgerichtsentscheidung

Als auf dem Dominium Ohas feinerzeit, der Rutscher Hübsch mit einem vollbeladenen Getreidemagaz verbotswidrig gegen das Eingangstor fuhr, hatte er bei seinem Arbeitgeber, Major a. D. Schneider, verspielt. Vom Inspektor wurde ihm gesagt, daß vom 1. Juli, also nach vier Wochen, die Sozialbeiträge abgezogen werden würden, damit „er vom 1. Januar 1931 ab Stempelgeld beziehen“ könne. (H. hatte halbjährliche Kündigung.) Am 15. November erfolgte alsdann, nach Angabe des Rutschers, die eigentliche Kündigung. Der Rutscher klagte heute vor dem Liegnitzer Arbeitsgericht auf Aufhebung der Kündigung bzw. Zahlung von 4 1/2 Monaten Lohn und Depuit, da die Kündigung rechtmäßig erst am 15. November 1930 erfolgt sei. Das Arbeitsgericht wies ihn jedoch mit seiner Forderung von 350 Mark ab, da es der Ansicht war, daß die Ausführungen des Inspektors am 1. Juli den Charakter einer Kündigung gehabt haben.

Roter Sport Arbeiterportler des Waldenburger Berglandes

In einer Zeit, wo die Brüning'schen Notverordnungen dem werktätigen Volke immer größere Lasten auferlegen, die Erwerbslosigkeit weiter steigt, die SPD-Führer sich in einem Wettstreit mit den bürgerlichen Parteien im Dienste des Geldsacks befinden, da muß auch für die Arbeiterportler die Frage brennender werden, wie lange sie noch Organisationen angehören wollen, deren Führer die volle Verantwortung an dem Elend der Arbeiterklasse tragen. Durch die verhängnisvolle Meinung „Sport ist Sport und Politik ist Politik“, ist es den SPD-Führern gelungen, den einst geführten Klassenkampf in den jetzt in der Blüte stehenden Klassenkampf zu verwandeln.

Arbeiterportler!

Diskutiert in euren Vereinsabenden und darüber hinaus in Gruppen- und Bezirksführungen. Stellt euren reformistischen Leitern die Frage des Panzerkreuzers, der Millionärsteuer u. a. m. Diese Fragen gestellt, und ihr werdet feststellen können, daß in euren Vereinen nicht die Politik der Mitglieder, sondern die der SPD-Führer getrieben wird.

Fragen wir uns mal, was ist aus den dereinst auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Sportorganisationen geworden? Sind sie nicht heute schon in den Fußtapfen der mussolinischen Sportbewegung? Wie anders sind sämtliche Ausschüsse zu werten? Das kann und darf nicht euer Wille sein, und darum Diskussionsabend!

Dabei auch dazu oppositionelle Sportler ein, die gern bereit sind, mit den Vorständen und Mitgliedern zu diskutieren.

Wir kämpfen mit den SPD-Arbeitern für eine Einheitsfront der Werktätigen. Aber diese Front muß von unten nach oben, aber niemals umgekehrt hergestellt werden. Auch die SPD-Arbeiter sehen langsam ein, daß die Politik ihrer Führer nur Lüge und Betrug darstellt.

Arbeiterportler des Waldenburger Berglandes!

Werdet aktiv, fördert den Gedanken des Klassenkampfes und Sportes und schließt euch nicht vor Ausschüssen. Wenn ihr aus Angst vor dem Ausschluß duldet, daß die Sportvereine völlig mit nur Sportgeist erfüllt werden, dann werdet ihr nicht nur Verräter am Arbeitersport, sondern auch Verräter an eurer Klasse!

Freigeheißt sei noch, welche Arbeit im Waldenburger Bergland mit Ausschüssen geahndet wird. Sportgenossen, die zehn Jahre und länger Mitglieder sind und einwandfreie Mitgliedsbücher besitzen, die schließt man aus. Als Grund wird nicht nur die Mitgliedschaft bei der I. W. angegeben, sondern sich solidarisch mit ihnen erklären, genügt schon. Noch andere lächerliche Gründe führen zu Ausschüssen, und müssen die Waldenburger Arbeiterportler daraus die Lehre ziehen, daß in Zukunft sämtliche Ausschüsse durch Protestresolutionen an den Bezirk Klärung finden.

Auch bei den Naturfreunden schließt man aus

Die sogenannte Reinigungsaktion hat nun auch bei den Naturfreunden Breslaus zu Ausschüssen geführt. Man machte es aber hier sehr ungeschickt. Unsere Behauptung, daß auch bei den Naturfreunden ein Diktaturstatut besteht, hat sich als richtig erwiesen, die Mitglieder haben nichts zu sagen.

Der Vorstand kann ohne Grund sowie ohne Mitgliederbeifall ausschließen. Auf diese Weise wurden sechs Genossen von dem hiesigen Vorstand ausgeschlossen. Das Diktaturstatut wurde rücksichtslos dazu benutzt, um unbehagliche Mitglieder auszuschließen. Dabei sind einige mitgefallen, wo jeder Naturfreund fragt: Welcher Grund liegt hier vor? Selbst SPD-Mitglieder mußten erklären, daß der Ausschluß nicht gerechtfertigt ist.

Wie man bei diesen Ausschüssen vorging, soll eingehend geschildert werden. Ohne jeglichen Antrag wurde ausgeschlossen und auf Anfrage erklärt, daß der Antrag bereits an die Reichsleitung abgehandelt und eine Abschrift nicht vorhanden sei. Den Mitgliedern bleibt laut Statut der einzige Weg übrig, mit der Anfrage bis zur nächsten Generalversammlung zu warten. Auch ein Mitglied des engeren Vorstandes befindet sich unter den Ausgeschlossenen, dem nur die Abstimmung für die oppositionellen Genossen nachgewiesen werden konnte.

Eine ganz große Gemeinheit erlaubten sich diese Herren noch kurz nach dem Ausschluß. Das Schloß der Photoaktion wurde geändert und einige Ausgeschlossene als gemeine Diebe hingestellt. Gerade diese Genossen waren es, die die ganze Zeit über ihr Negativmaterial zur Verfügung stellten. Gerade diese Gemeinheit mußte den Natur-

freunden zeigen, was diese Funktionäre für Arbeiterportler und „Genossen“ sind.

Die Breslauer Naturfreunde werden jetzt begreifen, wie Ausschüsse im Reichsmaßstab gemacht werden. Sie werden wissen, daß die Behauptung, „die Kommunisten spalten“, erlogen ist. Im Wan Württemberg schloß man allein 20 Ortsgruppen aus, weil von diesen das Diktaturstatut nicht anerkannt wurde.

Was diesen Gründen sind die Ausschüsse bei den hiesigen Naturfreunden so plötzlich erfolgt. Man mußte ausschließen, da eine Abstimmung in der letzten Sitzung ergab, daß der Einfluß der Opposition stärker zur Geltung kam, als man glaubte. Ob man aber die SPD-Mitglieder durch Ausschluß vor dem kommunistischen Einfluß schützt, sei noch dahingestellt.

Man hat der Opposition auch vorgeworfen, sie vergifte die Jugend. So argumentieren die Pfaffen gegenüber der gesamten sozialistischen Bewegung. Was sie vergiften nennen, heißt bei uns aufklären und die Wahrheit sagen. Und in diesem Sinne wollen wir die Jugend besonders „vergiften“.

Vor den ausgeschlossenen Naturfreunden steht nun die Aufgabe, noch aktiver zu arbeiten, um den Mitgliedern die traurige Rolle, welche ihre Führer innerhalb der Arbeiterbewegung spielen, aufzuzeigen, und gleichzeitig bessere Wege zu weisen, um auch als Wanderer der kämpfenden Arbeiterschaft zu helfen.

Und an die Naturfreundemitglieder richten wir die Aufforderung, sich mit uns solidarisch zu erklären und uns in unseren Bestrebungen zu unterstützen.

Einbruch in eine reformistische Hochburg!

Überfüllte Versammlung in Hadebeul Reformisten als gemeine Verleumder entlarvt

Über 200 Arbeiter der Löbnitz-Ortschaften waren dem Rufe der Opposition gefolgt. Als Korreferent für den „Bund“ war der bekannte Wanderröchner Scholz erschienen. Das Referat des Genossen Voigt von der Landesleitung wurde mit großem Beifall aufgenommen, trotzdem die Reformisten die Bundesvorstandstreuen aus der unruhigen Umgebung, sogar aus Uebigau, zusammengezogen hatten. Überfüllt sich wieder einmal mit radikalen Phrasen, erriet natürlich bei den revolutionären Arbeitern nur Spott und Hohn. Zwei Brandleristen glaubten ebenfalls der Versammlung ihre Verbundenheit mit der SPD. aufzeigen zu müssen. Auch Emrich, der „bundesstreue“ Geschäftsführer, versuchte die Ausführungen Voigts zu widerlegen, allerdings mit negativem Erfolg. Interessant war aber folgender Zwischenfall:

Der reformistische Bezirkschiedsrichtervorstand Martin Kunze, Hadebeul, hatte die Behauptung aufgestellt, daß der Landesleiter der I. W., Genosse Voigt, in seiner Eigenschaft als Bezirksfunktionär im Bund, 1000 Mark unterschlagen habe. Voigt stellte daraufhin an den Geschäftsführer Emrich die Frage, ob er ebenfalls die Behauptung Kunzes bedei. Emrich erklärte jedoch unter sichtlich Verlegenheit: „Wenn Kunze diese Behauptung getan hat, dann ist das eine große Gemeinheit! Voigt hat sich nie etwas zuschulden kommen lassen, er hat während seiner siebenjährigen Tätigkeit nie Geld unterschlagen! Mit solchen Lügen zu arbeiten, ist verwerflich!“

Im Schlußwort konnte der Referent der Oppo die Reformisten empfindlich schlagen, und so war die Versammlung ein voller Erfolg der Ausschließenen. Die Reformisten ärgerten sich, daß auch jetzt in der Meißener Pflanze die Oppo wächst. Sie werden aber trotz aller Maßnahmen die Geschlagenen sein, weil die Arbeiterschaft sich von den Methoden der reformistischen Führer mit Ekel abwendet.

Genosse Riedel antwortet

In Nummer 102 der „Arbeiter-Zeitung“ hat ein Sportgenosse meinen Ausschluß gebrandmarkt und seine Gründe angegeben. Bei meinem ersten Ausschluß war dem Verein wohl der Ausschluß bekannt, aber auf Protest nicht beim Bunde (dies ist protokolllarisch festgelegt), somit kann man das angebliche Schreiben vom Bunde als gefälscht bezeichnen. Man ist mit der Hege schon weitergegangen, indem man gegen mich Strafantrag stellte wegen angeblicher Unterschlagung, die ich als Arbeiter begangen haben soll. In der Anzeige heißt es schriftlich: „Der Riedel ist wegen seiner politischen Tätigkeit ausgeschlossen worden.“ Ein Sportgenosse darf heute in den sogenannten bundestreuen Vereinen keine revolutionäre Politik treiben, somit liegt er. Der Arbeiterportler, der in erster Linie für bessere Lebensbedingungen kämpfen soll, muß zu den heutigen Unterdrückungsmethoden ruhig sein. Zu verurteilen ist das Verhalten dieser bundestreuen Mitglieder, die für Geld alles tun. Wir aber werden trotz alledem kämpfen für rote Sporteinheit, für revolutionären Klassen-sport.

Freier Radiobund, heute Sonnabend, Freiheitsgasse Nr. 2

Ausflug zur Spartakiade. Am 21. Juni steigt auf dem Eintracht-Platz, hinter der Gasanstalt, Trebrieger Straße, das Sportfest des I. W. Janal-Nord. Wir appellieren an die revolutionäre Arbeiterschaft von Breslau und bitten, die Parole: „Am 21. Juni alles zum Sportfest der roten Sportler“ restlos zu befolgen.

ASB. Janal-Nord.

ASB. Janal-Nord

Mittwoch, den 3. Juni, Generalmitgliederversammlung um 20 Uhr bei Gardym, Bergmannstraße 12, „Zum Schutzhof“, Erscheinen eines jeden Sportgenossen ist Pflicht.

Achtung, rote Sportvereine

Der ASB. Janal-Nord veranstaltet am 21. Juni 1931 anlässlich seines Sportfestes ein Blütturnier in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags für die Breslauer roten Sportvereine. Meldungen hierfür müssen spätestens bis Montag, den 8. Juni, an den Genossen Fritz Wuttke abgegeben werden. Wir appellieren an die Solidarität der Kampfgenossenschaft, an geschlossene Vereine, und erwarten restlos Beteiligung.

ASB. Janal-Nord.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrbund „Solidarität“, Ortsgruppe Breslau

Am 31. Mai besteht für die gesamte Ortsgruppe einschließlich der Motorradfahrerabteilung Startverbot. Alles hat in der Stadt zu bleiben; antisozialistische Abgesandten anfordern.

Sämtliche Abteilungen haben ihr Programm für Monat Juni spätestens bis 31. Mai bei dem Pressewart abzugeben, der 14. und 21. Juni ist für die Abteilungen frei.

Achtung, Spartakiadeteilnehmer!

Sportgenossen, die an der Spartakiade teilnehmen wollen, melden sich bis 1. Juni bei dem Sportgenossen Berger, Matthiasstraße 139. Fahrtkosten 8 Mark. Erwerbslose Teilnehmer teilen genaue Adresse sowie Kennzeichen und Angabe, ob Mo., Au., oder Wohlfahrtsunterstützung bezogen wird.

„Die Internationale“

Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

begründet von Rosa Luxemburg u. Franz Mehring

ist das theoretische Schulungsorgan jedes Klassenkämpfers. Bezugspreis monatl. 40 Pf.

Zu beziehen durch die Literatur-Obleute der Partei, durch die Post oder direkt vom Verlag: Zeitschriftenverlag Stern G. m. b. H., Berlin C 2, Burgstraße 30.

Die Reichs- und Landesbeiträge fehlen

von einer ganzen Anzahl von Vereinen. Wollt ihr das ungeheure Vorwärtstreiben unserer Bewegung nicht hemmen, wollt ihr, daß die Spartakiade ein wichtiger Massenanstrengung der roten Klassenfront wird, dann jagt nicht länger und sendet das Geld sofort ab!

Der Tag proletarischer Solidarität!

An alle Werktätigen! Arbeiter und Arbeiterinnen, Genossen!

Eine neue Welle des Lohn-, Renten- und Unterstufungsraubes ist eingeleitet. Die Brüning-Regierung kündigt für Mitte Juni 12 neue Notverordnungen an. Mit jedem Tag verschärft die Bourgeoisie die Hungeroffensive gegen die werktätige Bevölkerung.

Diese ungeheuerlichen Angriffe auf die Löhne und Gehälter, auf die ohnehin elenden Bezüge der Erwerbslosen, Sozialrentner und Kriegssopfer, verpflichten die gesamte werktätige Bevölkerung zur Schaffung einer Masseneinheitskampffront. Die Pläne der Reaktion unter Führung der faschistischen Brüning-Regierung mit Unterstützung ihrer nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Vasallen können nur zunichte gemacht werden, wenn es uns gelingt, eine breite Solidaritätsbewegung für die kämpfenden Schichten des werktätigen Volkes auszulösen.

Tausende der Besten des Proletariats werden bei diesen Kämpfen gemahregelt und von der Klassenjustiz verfolgt. Mit Hilfe der faschistischen und sozialfaschistischen Partei, mit Hilfe des Staatsapparates soll die revolutionäre Arbeiterschaft niedergeschlagen werden, um eine Atempause zu erreichen, um die Vorbereitung zur Intervention gegen die siegreiche Sowjetunion treffen zu können.

Es ist Aufgabe der gesamten werktätigen Bevölkerung Schlesiens, schon jetzt die Vorbereitungen zum Gegenangriff zu treffen. Die Arbeiter werden unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Streikkampf gegen jeden Penny Lohnraub und diese Kämpfe mit den Verbindungen der Erwerbslosenaktionen gegen Unterstufungsraub aufnehmen müssen, und diese Kämpfe unter der Losung

Für Brot und Freiheit

führen. Auch auf sozialpolitischem Gebiet und gegen die Kulturreaktion müssen Kämpfe organisiert werden. Der Aufbau der Renten bei den Opfern des Krieges und der Arbeit signalisiert ganz offen den sozialreaktionären Kurs. Ungeheurer Mietswucher beraubt Hunderttausende ihrer Wohnung. Glende Baracken, das ist die Zukunftsbewohnung der werktätigen Bevölkerung im kapitalistischen Deutschland.

Auf allen Gebieten versucht die kapitalistische Klasse mit faschistischen Methoden ihrer volksfeindlichen Kurs durchzusetzen. Dagegen gilt es die breitesten Schichten der werktätigen Bevölkerung zu mobilisieren.

das Solidaritätsempfinden der arbeitenden Bevölkerung, des Mittelstandes und des Kleinbauernturns mit den kämpfenden Arbeitern zu stärken und zu organisieren.

Die unterzeichneten Organisationen begrüßen deshalb die Solidaritätskampagne der Internationalen Arbeiterhilfe, der Klassenbewegten Solidaritätsorganisation des kämpfenden Proletariats. Sie fordern alle ihre Mitglieder auf, die Solidaritätskampagne bis zum 14. Juni und darüber hinaus zu unterstützen, sie fordern ihre Mitglieder und die werktätige Bevölkerung auf, dafür zu sorgen, daß in allen Ortsgruppen der Internationalen Arbeiterhilfe, in allen Betrieben Betriebsgruppen der I. A. H. geschaffen werden.

Sie machen es jedem ihrer Mitglieder zur Pflicht, sich an dem Betrieb der Solidaritätsplaketten der I. A. H. und vor allen Dingen sich an den Solidaritätskundgebungen am 14. Juni d. J. restlos zu beteiligen, in allen Orten Komitees zur Vorbereitung des Solidaritätstages zu bilden und die breiteste Massenteilnahme herbeizuführen.

Genossen und Genossinnen! Arbeiter und Arbeiterinnen!

Schwerere Kämpfe stehen uns bevor, unsere Gegner haben in dem Staatsapparat und in den faschistischen und sozialfaschistischen Organisationen einen Wapparat. Wir aber haben die breite Solidarität aller Werktätigen auf unserer Seite. Organisieren wir diese Solidarität, schaffen wir eine starke Proviantkolonne der kämpfenden Volksmassen, und wir werden trotz Faschismus, trotz Klassenjustiz, trotz Notverordnung den Kampf für Brot und Freiheit siegreich beenden.

Es lebe die proletarische Solidarität, es lebe der Freiheitstempel aller Ausgebeuteten und Unterdrückten!

- Bezirksleitung der Kommunistischen Partei.
- Bezirksleitung des Kommunistischen Jugendverbandes.
- Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, Bezirk Schlesien.
- Bezirksverbandsleitung des Kampfbundes gegen den Faschismus.
- Bezirksvorstand der Roten Hilfe.
- Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur (Zia).
- Note Sportler, Bez.-Verband Schlesien.
- Arbeiter-Schülerbund.
- Freier Radiobund.

Plaketten und W. dematerial sind sofort beim Landesvorstand der I. A. H., Adresse: August Reimann, Freiheitsgasse 2, anzufordern.

A Beachtenswerte Lokale von Breslau und Umgegend

Unlon-Weinhaus
Besitzer: Willy Neumann
Weibe - Stübchen - Bar
Neue Gasse 2 Tel. 266 05

Besucht das
Zentral-Theater
Westendstraße 50/52

Brauerel u. Ausschank
„Zum groß. Meerschiff“
Inf. L. Voogal
Reuschestraße 28
(1 Minute vom Königsplatz)
Telefon 506 38
Ausschank
zur selbstgebrauten Biere
Anerkant gute Küche, Mittagessen von 12 bis 3 Uhr

Breslau - Oswitz
Knoblichs Paradies Oswitz
Lokal u. Garten zu Vereinsfestlichkeiten
Jeden Sonntag Tanz
Breslauer Straße 7 Fernsprecher 451 27
4252
Speise-Eis-Müller
die modernsten Eisdielen
Breslau sorgen für Unterhaltung
Tanzsportkappelle 80mj
Riesenportionen 5 u. 10 Pfg.
Tautenzienstr. 140 / Olsnerstr. 7
Milch Glas 5 Pfg. Riesenportionen
Schlagsahne 10 Pfg.

Zentral-Gaststätten
Ballssaal mit moderner Bühne Großes Vereinszimmer
Inh. Fritz Viertel, Westendstr. 50/52
Telefon Nr. 28427

Treff der Arbeiterschaft
im Gerichtskreisraum
Inh.: E. Sauer
Gräbschener Straße Nr. 250
Reserviert

Gesellschaftshaus „Jägerhof“
Gräbschener Straße 181/183
Inh.: Kurt Pohler
Jeden Sonntag öffentlicher Tanz
Schöner schattiger Garten

Bergkeller Telefon 446 38
empfiehlt seine Lokalitäten
für alle Veranstaltungen
Kletschkaustraße

Gastwirtschaft „Zur Erholungsstätte“
Inh. Hermann Witten Telefon 46127
Zimpeler Straße 37
6 Minuten von d. Straßenbahnlin. 1
Angenehmer Aufenthalt. f. Familien
besonders geeignet.
Gute Verpflegung
Ausschank von Haase-Bier

Willste du Breslauer Gobeilrge sahn
da mußte erscht an anständigen Crem
bei Max Scholze nah'm Neumarkt 28
40228
Treff der Arbeiterschaft
Restorant „Stadt Wörth“
Inh.: Paul Siesch
Wörtherstraße 7

Reinhold Weise Schloßwerder-
straße 30
Getreide-Dampfbrennerei
4231 Likörfabrik / Gaststätte

Erlich's Gaststätte am Bahnhofskeller
40648
Treff aller Fremden
Karlstraße Nr. 104, gegenüber dem Bahnhof

Promenaden-Theater
das Kino für alle
Orient, die mod. Tanzdiele
Glasparkett, Ketzberg 27

Saalabstement Ostpark, Morgenastr. 2
empfiehlt W. Krause und Frau

Treff der Arbeiterschaft
bei R. Kaul
Frankfurter Straße 19

P. Kirsch, Gaststätte u. Engelhardtbräu
8942 Hirsch- Ecke Bockstraße

Besucht die
Belhoff-Gaststätten
40346

Die Werktätigen des Odertors verkehren in
Illig's Familienlokal
Enderstr. 1, Ecke Matthiasstr.

Treffpunkt der Arbeiterschaft im
Hupka-Ausschank, Matthiasstr. 88
40233
Treffpunkt: „Melsner Gärtel“
Dampferhaltestelle, Promenade
40232

Café am Dominikanerplatz
Inh.: Gustav Beer
Ab 11 Uhr musik. Frühschoppen
Ab 17 Uhr der Abendbetrieb
Kaffee 25 Pf. Bier Schoppen 22 Pf.
40231

Besucht die „**Hania-Lichtspiele**“
Matthiasstraße 69 das Haus
der gutgewählten stimmigen Programme
8931

Besucht die
Odertor - Lichtspiele
Weinstraße 53/53
Beste Touristikprogramme — Niedrigste Eintrittsg.

Gasthof „Weißer Schwan“
Matthiasstraße 67 / Treff aller Werktätigen
Freudenzimmer
zu ermäßigten Preisen
40779

Falk's Gaststätte
40781
Striegauer Platz
Angenehmes Familienlokal :: Kipke-Bier!

Treff der Arbeiterschaft
im Hupka-Ausschank, Adalbertstraße 27
40450

Reserviert

Waldschlösschen Inh. Emma Dollberg
Friedrich-Eberstraße 19 Tel. 41087
Schöner Garten — Großer Saal
Jeden Sonntag öffentlicher Tanz
— Saal für Vereinsfestlichkeiten —
40885

Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau

A. M. Bemak Lederhandlung
Kupferschmiedestraße 37
zwischen Schmiedebrücke und Oberstraße
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Lederausschnitte billigst
3048

Radio-Geräte
Motorräder
Elektr. Bedarfsartikel
Bauschke, Blücherplatz 20

Drogenhaus am Sonnenplatz
Bruno Matthias, Gartenstraße 10
Spezialhaus für Photographie
Fernsprecher 873 69

Fahrräder, Motorräder
Ersatzteile :: Reparatur-Werkstatt
Fahrradhaus Gomoika 40778
Sonnenplatz, Ecke Telegrafstraße

Schuh-Klinik „Tempo“
professionell, billig
und gut! 40768 Kupferschmiedestraße 17

Theodor Buchali
Zwingerplatz 2
und Filialen
Vogelfutter — Vogelkäfige
Käfig-Utensilien 2597

4068 Feine Fleisch- u. Wurstwaren
bei Metzner, Schmiedebrücke 43-45

H. Fleisch- und Wurstwaren
bel E. Greulich
40080 Graben 11, Kätzelschie 10

40773 Hausfrauen, kauft keine Fleisch-
und Wurstwaren bei
Reinhold Dreulder
Breslau, Kleine Grosse Gasse 4

Obst u. Früchte für Sportler u. Touristen
bei **Josef Herzig**
Schubbrücke Ecke Albrechtstraße
40448

Lederjacken
billigste Fabrikpreise
Anfertigungen und Reparaturen billigst
Gebr. Tischler, Lederjaken-Fabrik
Taschenstraße 9 — Gartenstraße 37

Referiert 84
40552

Lederjacken
billigste Fabrikpreise.
Aufarbeiten und Reparaturen billigst
Gebr. Tischler, Lederjakenfabrik
Taschenstraße 9 Gartenstraße 37
40582

40760 **Kauf Kinderwagen**
im Haus der Kinderwagen
Albert Adler, Gartenstr. 64
gegenüber dem „Capitol“

Überbunden — Damenwäsche — Bettwäsche
liefert in bekannt guter Ausführung
Tapp, Schützenstr. 21
41484

Baumwaren, jed. Art empl. u. versendet
A. Kindler
40588 Breslau 1, Junkerstraße 6

Frillertalon M. Mendel, Breite Straße 3
Bublikopfsch., Ondulieren, Kopfwaschen 78 Pf.
Erwerbslose, ermäßigte Preise 40560

Fleischerei und Wurstfabrik
Martin Wolfram
Breite Straße 41
40087

Blumen und Kränze
zu jeder Gelegenheit bei
Blumen-Schilder
Rosenthaler Straße 18/20
40771

Fleisch u. Wurstwaren
empfiehlt **Hermann Lukas**
Dreifeistr. 8 — Goethestr. 87
40487

Drogen- und Foto-Haus „Zum Kranich“
Inh.: Herbert Röger, Matthiasstraße 2
an der Universitätsbrücke
4092

Adolf Hauschild
Wurst-, Fleischwaren- und Konservatenfabrik
Breslau 21
Beste Ware Niedrigste Preise
Verkaufsst. in verschiedenen Stadtteilen
47338

Fahrradhaus Sieg
an der Neumarkt 19
das leistungsfähigste Haus Breslaus
40221

Drogerie, Franke
4865 Gräbschener Straße 38 a

Treibitzer Metzgerei
Markthalle 1 u. II. Gartenstr. Stand 210/18
empfiehlt alle Sorten frische Fleisch u. Wurstwaren
Paul Martin
4068

Betten-Haus Becker
Kupferschmiedestraße 4
direkt am Neumarkt
4066

G. & E. Krautz
Fahrräder, Motorräder, Reparaturen
Reparaturartikel
Breslau, Telestraße 17 a. Hptbhf. 4712

R. Karsunky & Co.
Möbel
Rosenthalerstraße 2
Ecke Matthiasstraße
47220

Milch und Molkeprodukte
bei **W. Walter**
40842 Gräbschener Straße 46

Kaffee direkt aus der Rösterei
Gräbschener Straße 12, im Hof u. Südstraße 8
40316

Für die Augen
Heidrich
Optikermeister • Stadtheater geradeüber
4859

Eisenwaren
Haus- und Küchengeräte
Martin Zimmer, Neue Taschenstr. 82
49323

Möbel und Polsterwaren
aller Art billigst, auch auf Teilzahlung
A. Marek, Freiburger Straße 33 I
am Berliner Platz
40218

Bäckerei und Konditorei
Karl Balzer, Bohrauer Str. 129
empfiehlt sich bestens 4863

Feine Fleisch- und Wurstwaren
bei **Alfred Ermer**
Margaretenstraße Nr. 11
4865

Schuhe so gut und billig
bei **Nathan**
Graupenstraße 2-4
47643

Paul Webner
Fleisch- und Wurstwaren
Fabrik: Matthiasstraße 104
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen
40840

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
bei H. Duksch, Bohrauer Straße 82
Oderstraße 6
40227

Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt **Wengler**
Hubenstr. 28
40096

Hausfrauen kauft Eure
Fleisch- und Wurstwaren
bei **G. Scholz, Margaretenstr. 3**
4711

Kauft bei
BLASSE
BLASSE ist billig
3841
Reserviert für EDEKA
4482

Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
bekannt als leistungsfähig in Leder-
und Schuhbedarfsartikeln
Zweigstellen:
1. Gräbschener Straße 19/21, 2. Moltkestraße 14
3. Bohrauer Straße 27 4. Poststraße 7
Einkaufsquelle sämtlicher Werkstätten

Reinhold Schoepke, Gräbschener Straße 42
Eisenwarenhandlung, Haus- und Küchengeräte
48088

Malerergesellschaft m.B.H.
Tel. 248 61 Klosterstraße 88/100
Malerarbeiten aller Art 4864

Es empfiehlt sich das
Reinhold Schoepke
Kupferschmiedestraße 32
40782

40492 **Feinbäckerei**
Robert Hartmann, Ketzberg 13

Rundfunk-Blech
ist viel, viel billiger
40488 Reistr. 13, an der Klosterstr.

Dampfwäscheri Friedrich
Schönstraße 5
Gewichtswäsche
40078

Güte, Mägen, Herrenartikel
für jeden Geschmack in reichster Auswahl
zu bekannt niedrigen Preisen nur bei
Felix Gdert / Klosterstraße 45
8099 am Wauwitzplatz

Bäckerei und Konditorei
Max Delchael, Friedrichstr. 6
4864

Ewald Sternitzke, Lewaldstr. 8
4893 Fleischerei u. Wurstfabrik

Milchgroßhandlung Henschel & Co.
Brunnenstraße 34 / Telefon 30785
4852

„Der Schuhhof“ Bohrauer Str. 17
wird bestens empfohlen
40081

Reserviert Nr. 21
4869

Hausfrauen Eure
Kolonialwaren
bei **H. Wenzel**
Lehmgrabenstraße 68
4710

Käthe Bott, Hubenstr. 83
billig - Trikotaschen, Weißwaren - billig 40777

Lederhandlung, E. Bauch 4287
Schuhe u. Schuhbedarf, Gräbschener Str. 14

Butter — Eier — Käse — Marmeladen
nur im Spezialgeschäft
Georg Kindner
Gräbschener Straße 55
8994

Kolonialwaren
empfiehlt **A. Poser, Steinstraße 159**
4708

Molkereiprodukte / Milch / Butter / Eier
Herbert Preuß, Bohrauer Straße 18
40223

Hugo Seybold
Bäckerei und Konditorei
Hubenstr. 40, Augustastraße 213
4789

Bronstet infam Infanten!

Rund um den Erdball

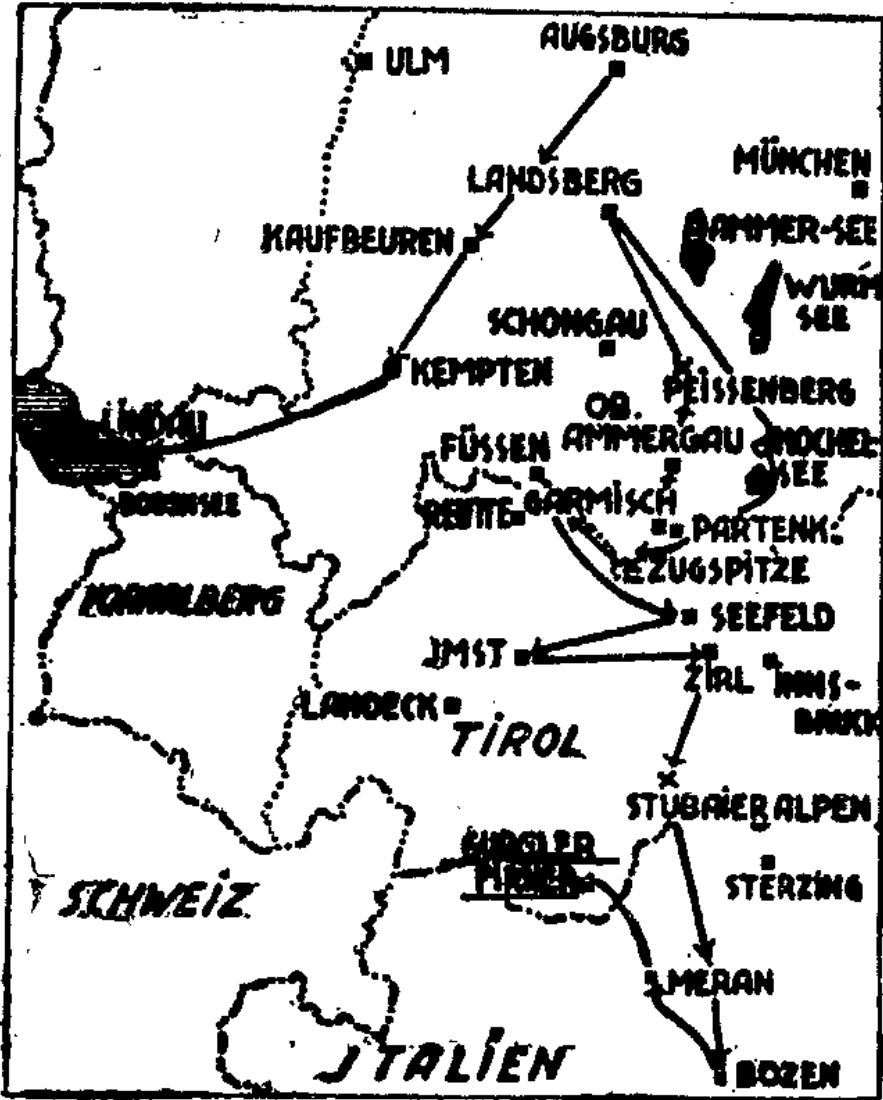
Erster ausführlicher Bericht vom Weltraumflug

Piccards und Kipfers Stratosphären-Erlebnisse

Alpenjäger bei der Bergung des Ballons — Wertvolle wissenschaftliche Ergebnisse

Hochbetrieb im Alpendorf Obergurgl

Unsbruck, 29. Mai. Das weltberühmte Alpenländische Obergurgl am Fuße des Gurgl-Ferners steht seit der Landung Professor Piccards und Dr. Kipfers im Mittelpunkt des Interesses der ganzen Welt. Die Sensationsjäger der großen bürgerlichen Presse, die Piccard am Donnerstag, als er sich in der Stratosphäre befand, noch einen Abenteuer nannten, umschwirren ihn jetzt wie die Schmeißfliegen, um aus den beiden kühnen Pionieren der Wissenschaft Kapital zu schlagen. Sündlich



Diesem Weg nahm Piccards Ballon

troffen aus allen Himmelsrichtungen mittels Flugzeug Journalisten und Kurbelmänner ein. Das knapp hundert Personen zählende Dorf Obergurgl erlebt also einen Hochbetrieb, der selbst die besten Wochen der Hauptstation übertrifft.

Von Innsbruck ist inzwischen eine Abteilung österreichischer Alpenjäger am Landungsplatz eingetroffen, die den Ballon auseinandernehmen und auf Schlitten verfrachten wollen, um ihn über den Gletscher hinweg ins Tal zu bringen. Während der Nacht hatte Prof. Piccard große Sorge um das Schicksal seines Ballons, da von Innsbruck her ein schweres Gewitter über die Oetzaler Alpen zog, und da gleichzeitig ein starker Sturm herrschte, bestand die Gefahr, daß der Ballon vom Winde erfasst und zerlegt werden könnte. Doch zog der Gewittersturm nach kurzem Wüten in eine andere Richtung, so daß der Ballon mit seinen wertvollen Instrumenten unbeschädigt blieb.

Über den Verlauf des Weltraumfluges berichtet Professor Piccard folgendes: Der Ballon hatte im ungeheuer raschen Aufstieg innerhalb von 25 Minuten bereits eine Höhe von 15 000 Metern erreicht. Da die Gondel bei diesem hinaufschmelzen stark geschüttelt wurde, konnten wir nur wenig Messungen vornehmen. Erst gegen 8 Uhr morgens wurde die Durchführung der Hauptmessungen möglich. Dann begannen wir u. a. auch mit der Beobachtung der Höhenstrahlung, die meiner Meinung nach mit der Radioaktivität der Gestirne zusammenhängt. Um diese Zeit betrug der Luftdruck 76 Millimeter. Das entspricht also ungefähr einem zehnten Atmosphären-Druck. Mehrere Stunden lang blieben wir ununterbrochen in einer Höhe von 15 000 Metern, ein Beweis also, daß in der Stratosphäre sehr stabile Verhältnisse vorherrschen.

Grimmige Kälte draußen — 40 Grad Hitze in der Gondel

Die Temperaturen waren während der ganzen Zeit nur kleinen Schwankungen unterworfen. Außerhalb der Gondel herrschte die grimmige Kälte von 55—60 Grad unter Null. Im Innern der Gondel dagegen herrschte zeitweise eine Temperatur bis zu 44 Grad Wärme. Die drückende Hitze verursachte außerordentlich großen Durst. Zeitweilig waren wir vom Durst so gepeinigt, daß wir die von der Metallwand der Gondel herabrinneenden Tropfen aufschürften. Diese Flüssigkeit war unser zu Tropfen kondensierter Atem. Wenn es auch mit unserem Proviand nicht besonders gut bestellt war, litten wir doch mehr an Durst als an Hunger.

Einen überwältigenden Eindruck, so berichtet Piccard weiter, machte auf uns der Anblick des Mondes, der hier oben bedeutend heller schien, als bei der Beobachtung vom Erdboden aus. Das Mondgebirge trat geradezu plastisch heraus.

Schreckensminuten in 15 000 Meter Höhe

Um 11 Uhr vormittags ungefähr hatten wir die Absicht, unsere Fahrt zu beenden. Unsere Hauptmessung, auf die wir den größten Wert legten, nämlich die Messung der durch die kosmischen Strahlen erzeugten Leitfähigkeit der Gase war zu liebenswürdig abgebrochen. Wir waren um diese Zeit in der

Gegend des Oetztales. Mit einiger Mühe waren sogar geeignete Plätze zur Landung zu sehen. Wir zogen daher das Ventil, mußten aber mit Schrecken feststellen, daß das Ventil versagte. Eine äußerst kritische Situation, wie man sich denken kann. Die beabsichtigte Landung wurde also unmöglich gemacht. Wir überließen uns also wohl aber über der Luftströmung und hofften nur, daß mit dem Rückgang der Temperatur auch der Ballon sinken werde. In dieser kritischen Situation blieben wir mehrere Stunden. Um 3 Uhr nachmittags wurden wir dann gegen die Alpen abgetrieben. Nun begann der Ballon langsam zu sinken. Wir sahen nur kleine Landstriche unter uns und konnten niemals genau feststellen, wo wir uns eigentlich befanden.

In den Abendstunden senkte sich der Ballon selbstständig, trotzdem das Ventil geschlossen war. Gegen 8 Uhr abends schwebten wir über den Oetzaler Alpen. Erst gegen 11 Uhr nachts, als der Ballon schon ziemlich tief flog und die Landung sehr dringend wurde, gaben wir die ersten Signale mit einer Taschenlampe zu einem kleinen Dorf hin, dessen Lichter uns entgegenleuchteten. Dieses Dorf war Gurgl am Fuße des Gurgl-Tales.

Die Landung des Riesenballons

Jetzt kamen wieder äußerst kritische Augenblicke, da die Gefahr des Anpralls an den Felsen sehr groß war. Glücklicherweise erfolgte die Landung am unteren Rand des Gurgler Ferners. Die Gondel setzte verhältnismäßig sanft auf den Schnee auf. Wir blieben beim Aufstieg unverletzt, nur Dr. Kipfer hat sich etwas die Hosen gerissen. Die Nacht auf dem Gletscher war herrlich. Das erste, was wir nach dem Aussteigen aus der Gondel taten, war, unseren quälenden Durst zu stillen.

Am Morgen machten wir uns dann auf, um in das Tal hinabzusteigen. Wir haben uns hierzu mit einem Seile des Ballons doppelt angehängt und trafen dann in den Felsen mit der inzwischen dem Landungsplatz zustrebenden Hilfs-Expedition zusammen.

Professor Piccard will, solange der Ballon noch nicht geborgen ist, Obergurgl nicht verlassen. Wenn die Bergungsaktion im Laufe des Sonnabends glücklich zu Ende geht, wird sich Professor Piccard wieder nach Augsburg, also dem Startplatz, zurückbegeben.

Furchtbares Familiendrama in Ost-Oberschlesien

Wahnsinniger ermordet seine fünf Kinder

Mörder stürzt sich nach der Bluttat aus dem Fenster

Kattowitz, 29. Mai. In Knurów im Kreis Rybnik, dicht an der neuen deutsch-polnischen Grenze, ereignete sich am Freitagmorgen ein furchtbares Blutat. Der Bergarbeiter Storpupa erlitt, als ihn seine Frau weckte, einen Tobfuchtsanfall. Er ergriff die Art und schlug damit sinnlos auf seine sechs minderjährigen Kinder ein, die in ihren Betten schliefen. Drei Mädchen und einen Jungen tötete er, zwei Mädchen wurden lebensgefährlich verletzt. Nach der Bluttat sprang Storpupa aus dem Fenster. Er blieb mit zerschmetterten Gliedern auf dem Hof liegen. Man schaffte ihn ins Krankenhaus, wo er in hoffnungslosem Zustande darniederliegt.

Nach später einlaufenden Meldungen hat die furchtbare Bluttat bereits ein fünftes Todesopfer gefordert. Eines der

schwer verletzten Kinder ist inzwischen im Krankenhaus gestorben. Auch das sechste Kind dürfte kaum mit dem Leben davonkommen, dagegen haben sich die Verletzungen, die der Vater beim Sprung aus dem Fenster erlitten hat, nicht als lebensgefährlich herausgestellt. Ueber den Hergang der Tat erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Die sechs Kinder, von denen das jüngste vier und die älteste Tochter 21 Jahre alt war, schliefen in drei getrennten Zimmern. Vier der Kinder erschlug Storpupa in den Betten. Die beiden anderen waren währenddessen erwacht und versuchten entsetzt zu fliehen. Der Vater holte sie aber ein und schlug auch sie mit der Art nieder. Inzwischen waren Hausbewohner aufmerksam geworden und holten einen Polizeibeamten. Bei dessen Anblick stürzte sich der wahnsinnige Mörder aus dem Fenster der im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung.

Personenzug

rafft in Stredenarbeiterkolonne

Vier polnische Eisenbahner getötet

Warschau, 29. Mai. In der Nähe der Eisenbahnstation Witaszki bei Posen ereignete sich am Donnerstag durch die verbrecherisch leichtsinnige Gleichgültigkeit der Bahnaufsicht ein tragischer Unfall, dem vier Menschenleben zum Opfer fielen. Auf der zweigleisigen Strecke waren 12 Eisenbahnarbeiter beschäftigt. Als sich ein Güterzug näherte, zogen sie sich auf das zweite Gleis zurück. In diesem Augenblick brauchte ein Personenzug von der entgegengesetzten Richtung heran. Nur acht Arbeiter waren imstande, rechtzeitig zur Seite zu springen. Die vier anderen wurden vom Zuge erfasst und auf der Stelle getötet.

Im Sowjet-Kindertheater



Aus der neuen U.S.S.

Wie die Zinstnechtigkeit gebrochen wird

Zwei aufschlussreiche Inserate des „Völkischen Beobachters“

Auf der garantiert treudeutschen Eifelwiese des „Völkischen Beobachters“ las man zwei Tage hintereinander folgende Inserate:

Parteilgenosse mit 10- bis 20 000 M. Barkapital findet sichere Existenz durch stille oder tätige Beteiligung in Berliner konkurrenzlosem Spezialunternehmen mit großer Ausbaufähigkeit und laufenden Aufträgen, die eine bis 30prozentige Verzinsung

gewährleisten. Branche-Kenntnisse nicht erforderlich, da evtl. Einarbeitung. Nur Interessenten, die Kapital und Parteilzugehörigkeit nachweisen können, erhalten nähere Informationen; Forscher gänzlich zwecklos. Angebote unter . . . an den „Völkischen Beobachter“.

In der nächsten Nummer verfuhr ein Pa. sein Bürohaus im Werte von 806 000 M. zu veräußern:

Sichere Kapitalsanlage.

Pg. sucht auf großes Wohn- u. Bürohaus in Großstadt hinter 220 000 M. 35 000 M. an 2. Stelle. Friedensschätzung: 806 000 M. Jährlicher Mietertrag 45 000 M. Zeitgem. Zins u. Abtrag., Ang. u. . . a. d. V. B.

Wer also bisher geglaubt hat, daß die Nazis und die kapitalistischen Bankhäuser vom Schlage eines Jakob Goldschmidt usw. nur die gleichen Ziele haben, irrt sich, wie man sieht. Auch in der Praxis gibts da bereits keinen Unterschied mehr. Es fragt sich nur, wie lange das werttätige Volk diesen Schwindlern das „raffigierete“ Handwerk noch gestatten wird.

Die südindische Grubentatastrophe

forderte bisher 52 Todesopfer

London, 29. Mai. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ hat sich die Gesamtzahl der bei dem Grubenunglück in der Kolar-Goldmine in Südindien getöteten Personen auf 52 erhöht. Verschiedene Personen befinden sich noch in schwerem Zustand im Hospital.

Zwei Frauen von Hirsch überfallen

In der Nähe von Kreuzberg in Schlesien wurden zwei Frauen beim Spaziergang im Walde von einem Hirsch angefallen. Eine von ihnen erlitt einen Oberarmbruch, der Arm wurde ausgelagert, und die Seine schwer verletzt. Die Überfallene mußte in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Personenzug von Tornado umgestürzt

In Moorhead im Staate Minnesota wurde ein Zug der Northern Pacific von einem Tornado ergriffen. Sieben Personenzüge wurden aus dem Gleis geschleudert, wobei ein Mann getötet, 30 andere Fahrgäste verletzt wurden.

Von Genf nach Chequers

„Es handelt sich um nicht weniger, als um die Bewahrung Deutschlands vor dem Bolschewismus...“ („Tägliche Rundschau“ vom 13. Mai)

Die diplomatische Niederlage Deutschlands in Genf hat in den Reihen der deutschen Bourgeoisie eine elegische Apathie hervorgerufen, die sich in selbstanklagenden Geständnissen und pessimistischen Betrachtungen entläßt. Die Bourgeoisprelle jammert in allen Tonarten.

Die „Kölnische Zeitung“ zieht folgende „Genfer Bilanz“:

„Jeder deutsche Versuch zur selbständigen außenpolitischen Betätigung schloß wieder die alte Front der Gegner. Die italienische Karte hat versagt, auf die mehr unter inner, als außenpolitischen Aspekten eine Gruppe Politiker in Deutschland und Österreich glauben setzen zu dürfen. Die Antwort Roms ist meist die kalte Schulter gewesen.“

Dieses Geständnis können wir Kommunisten voll und ganz unterschreiben. Es klingt fast, als hätte die „A. Z.“ unter Programmen der nationalen und sozialen Befreiung abgeschrieben, wo klar ausgesprochen wurde, daß die deutsche Bourgeoisie nicht in der Lage ist, die Verfallenen Jungketten zu sprengen, daß dies nur ein Sowjetdeutschland verwirklichen kann. „Die kalte Schulter Roms“ entlarvt ebendenn die faschistische Demagogie, die mit Hilfe eben des faschistischen Roms die Jungketten abzuschütteln vorgab.

Nach Mäglichkeit mimmt die „Germania“ in einem Zeitungsartikel mit dem bezeichnenden Titel: „SOS Europa“. Dort heißt es u. a.:

„Europa gleicht einem sinkenden Schiffe, auf dem die Menschheit anstatt zu handeln, eifrig berät, ob sie das Wasser auspumpen, die Rettungsboote auslegen oder Hilfe herbeirufen soll. Seit 10 Jahren war Europa nicht mehr in ähnlicher Gefahr wie heute. An allen Ecken und Enden zeigt das Wahlbarometer das Wachsen des Radikalismus. In Spanien hat sich der Kommunismus einen neuen Anhaltspunkt geschaffen. Eine Armee von über neun Millionen Arbeitslosen steht in Mitteleuropa bereit, um dem ersten Ansturm des Radikalismus zu erliegen.“

Während man an der unteren Donau den überflüssigen Reizen verwehrt und am Niederrhein die Vorratsräume der Textilfabriken überfüllt sind, müssen Millionen hungrig und schlecht gekleidet gehen. Firmen und Banken von Westruß wanken oder scheitern, weil sie dem Ansturm der Krise nicht gewachsen sind. Indessen häufen sich Gold und Wohlstand an wenigen Punkten der Welt, und die Inhaber der europäischen Vormacht hören nicht auf, durch unzulässige Eingriffe in das Wirtschaftsgefüge Europas neue Unruhen zu erzeugen.

In Genf aber laßt man Beschlüsse und hört akademische Vorträge über Präferenzen, Kartelle und Kreditationen zu, ohne damit mehr zu erreichen, als die Altersbeschränke des Sekretariats zu füllen. Alle schönen Reden und Theorien allein können noch keinem einzigen Arbeiter Brot und Arbeit verschaffen.“

Mit diesen Pleitebestimmungen und mit der Genfer Niederlage beladener, wollen nun die Leiter der deutschen Politik, Brüning und Curtius, der Einladung Macdonalds folgend, in den ersten Junztagen nach Chequers gehen.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen mit der englischen Regierung soll die Frage einer Erleichterung der Youngpläne stehen. In der Weltpresse ist bereits eine heftige Debatte über dieses dornige Gebiet ausgebrochen. Die deutsche Bourgeoisprelle sieht den Himmel voller Geigen. Die Pariser Presse schlägt energische Töne des Protestes an. London äußert sich zurückhaltend und vorsichtig.

Nur der „Daily Herald“, Macdonalds Parteiorgan, weicht Einzelheiten über das Programm von Chequers zu berichten. Danach soll die deutsche Delegation die folgenden Vorschläge aufzutischen beabsichtigen: 1. Eine zwei- oder dreijährige Einleitung des desjenigen Teiles der Youngannuitäten, der besonderen Bedingungen unterworfen ist. 2. Anpassung der Reparationsverpflichtungen an die veränderte Kaufkraft des Geldes. Das würde einer 20prozentigen Herabsetzung der Annuitäten von 100

Acht junge Neger stehen vor dem elektrischen Stuhl

Nur ein internationaler Protest kann die Opfer einer verbrecherischen Rassenhetze vor der Hinrichtung retten

Mitte April wurden in Scottsboro im Staate Alabama acht jugendliche Neger zum Tode durch den elektrischen Stuhl verurteilt. Vollkommen zu Unrecht hatte man sie der Mordtatsache an zwei weißen Mädchen beschuldigt. Ein Geschworenengericht, zusammengesetzt aus weißen Großgrundbesitzern und Söldnern, hat dieses Schandurteil nach einer Gerichts- komödie, die nur einige Stunden dauerte, gefällt, während vor dem Gerichtssaal eine zehntausendköpfige vom Massenjah verblendete Menge nach dem Blute der jugendlichen Neger heulte.

Am 10. Juli sollen nun diese Negerkinder — denn es sind fast alle noch Kinder: zwei Vierzehnjährige, ein Zehn- zehnjähriger, vier Ziebzehnjährige und ein Einundzwanzig- jähriger — durch den elektrischen Stuhl hingerichtet werden.

Die kommunistische Partei, die revolutionären Ge-

werkschaften, die Rote Hilfe, die Liga gegen Imperialismus führen gegenwärtig eine große Kampagnen- kampagne im ganzen Lande durch, um die Massen zum Protest gegen die ungeheuerliche Lynchjustiz aufzufordern und die Opfer der kapitalistischen Rassenhetze vor dem Tode durch den elektrischen Stuhl zu retten. Sie fordern die Wiederaufnahme des Gerichtsverfahrens und die Zulassung von selbstgewählten Verteidigern für die Verurteilten sowie den gemeinsamen Kampf des weißen und schwarzen Proletariats gegen die kapitalistische Mordherrschaft.

Die ungeheure Empörung, die dieses Schandurteil in den Massenbewussten Kreisen des weißen und schwarzen Proletariats und über diese hinaus auch in den Schichten des schwarzen und weißen Kleinbürgertums in den Vereinigten Staaten ausgelöst hat, muß ihren Widerhall in dem energischen Protest des internationalen Proletariats gegen diesen neuen Mordplan einer vertierten und verfaulenden Gesellschaft finden.

Rote Mobilmachung zum Solidaritätstag

Der internationale Solidaritätstag der I.W. — Kampftag des revolutionären Weltproletariats

Der 14. Juni ist der internationale Solidaritätstag der I.W. Angesichts des wachsenden revolutionären Aufschwungs in allen kapitalistischen Ländern wird dieser Tag mehr denn je in der Vergangenheit ein Tag des Kampfes, ein Generalappell der aktiven proletarischen Solidarität sein.

Der Moskauer „Trud“, das Zentralorgan der sowjetrussischen Gewerkschaften, schreibt zum bevorstehenden Solidaritätstag:

„Der 14. Juni ist der internationale Solidaritätstag. Diesen Tag werden die Arbeiter aller kapitalistischen Länder unter der Führung der proletarischen Solidarität begehen. Die proletarischen Massen werden an diesem Tag ihren Willen zum Kampf für Brot und Freiheit, gegen soziale und Kulturreaktion, gegen Lohnfütterungen und diktatorische Gesetze demonstrieren. Sie werden

demonstrieren gegen Faschismus und Sozialfaschismus, gegen imperialistischen Krieg und Intervention, für die internationale proletarische Solidarität, für die internationale soziale Revolution.“

Der 14. Juni wird ein Tag der internationalen Demonstrationen auch in den deutschen Grenzgebieten sein, Hand in Hand werden die deutschen Arbeiter mit ihren Klassenbrüdern jenseits der Grenzen, in der Tschechoslowakei, Holland, Frankreich, Dänemark und der Schweiz demonstrieren.

Das russische Proletariat wird seine Solidarität durch Begrüßungsschreiben an die Betriebe und Fabriken, Kollektive und Gruppen der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern bekunden.

Der internationale Solidaritätstag der I.W. muß zu einem Kampftag des revolutionären Proletariats der ganzen Welt werden.“

auf 50 Prozent gleichkommen. 3. Einberufung des Konsultationsausschusses der I.W. zum Zwecke der praktischen Regelung der beiden Punkte. 4. Einberufung einer internationalen Finanzkonferenz, die über ein zwei- bis dreijähriges Moratorium, sowohl für alle Kriegsschulden wie für alle Reparationszahlungen beraten soll.

Aber auch der „Daily Herald“ warnt die deutsche Regierung vor Illusionen und übereilten Hoffnungen. Der „Observer“ erklärt mit aller Entschiedenheit, daß die englische Regierung keine Abmachung mit Deutschland treffen werde, die das englisch- französische Einvernehmen stören oder auch nur trüben könnte. Die guten Beziehungen zwischen England und Frankreich seien der Eckpfeiler des europäischen Friedens.

Unter diesen Umständen dürfte die Konferenz von Chequers außer einer neuen Piromanage der deutschen Außenpolitik keinerlei positive Ergebnisse von irgendwelcher Bedeutung zeitigen. Ungeachtet dessen aber ist allein die Tatsache, daß die internationale Bourgeoisie sich genötigt sieht, die Frage einer Revision des Youngplans aufzurollen, ein alarmierendes Symptom. Sie ist ein Ausdruck der Vertiefung der Krise in allen kapitalistischen Län-

dern, ein Ausdruck der Furcht der Bourgeoisie vor den Geistern der sozialen Revolution, die das kapitalistische Wirtschaftssystem entseßelt.

Das mit den Ketten des Versailler Vertrags und des Youngplans doppelt gefesselte Deutschland steht im Brennpunkt der internationalen Krisenentwicklung. Das kapitalistische Deutschland war bisher der Damm gegen den Einbruch des Bolschewismus in Westeuropa. Aber unter den Umständen der Krise kann daselbst Deutschland nur allzu leicht der Brandherd der sozialen Revolution in Europa werden.

Die Furcht vor dieser Entwicklung drückt der internationalen Politik des Kapitalismus heute mehr und mehr ihren Stempel auf. Und wenn die bevorstehenden außenpolitischen Schritte der deutschen Bourgeoisie zu irgendwelchen „Ergebnissen“ führen werden, so nur auf dem Wege des Zusammenstoßes der internationalen Konterrevolution gegen die Sowjetunion und gegen die deutsche Revolution. Die Konferenz in Chequers wird ein weiterer Schritt auf diesem Wege sein.

Dieser Roman ist in der Serie der 1-Mark-Romane erschienen und überall erhältlich

Barrikaden am Wedding

Der Roman einer Straße aus den Berliner Mietskaten 1929
Von Klaus Neukrantz
Copyright Internationaler Arbeiterkongress

21. Fortsetzung

Anna rief irgend etwas über den Hof. Auf der anderen Seite wurde das Fenster geschlossen. Langsam ging sie in die Küche und machte das Frühstück zurecht. Aber es ging ihr nicht so leicht wie sonst von der Hand. Ihre Bewegungen waren fast automatisch, sie mußte sich zusammennehmen, um nicht alles verkehrt zu machen. — Kurt zog heute seinen guten Anzug an. Mit der nassen Bürste krächte er so lange über sein widerpenntiges Haar, bis es spiegelglatt lag. Das weiße Hemd mitten in der Woche rief ein feierliches Gefühl in ihm hervor. Er dachte daran, daß heute in der ganzen Welt die Arbeiter den 1. Mai feiern. Wenn man die alle auf einem Haufen hätte... alle Proleten, die heute nicht einen Finger für ihre Ausbeuter krumm machen, Junge, da wär' der Lustgarten doch zu klein für. Dann brauchten sie bloß mal alle Mann ein bißchen zu pusten und der Dom läge mit einem Plumps in der Spree...

Er lachte plötzlich laut vor sich hin. So ein dummes Zeug zu denken! Ganz verrückt war er heute morgen. Und so ein „sonntäglicher“ Feiertag würde das übrigens kaum werden! — Er zerrte an seiner Krawatte herum. Die verdammten Schlippe... der Teufel soll sie holen!

„Anna...“, rief er und ging in die Küche, „mach mir doch mal den verfluchten Anoten zurecht.“ Sie mußte manchmal ein wenig nachhelfen, wo es seine schwarzen Betonträgerhände nicht schafften. Aber heute kam sie auch nicht damit zurecht. Er merkte plötzlich, daß ihre sonst so ruhigen, geschickten Hände zitterten.

„Madel... was ist dir denn?“ Er war ordentlich erschrocken. Ganz verstört sah sie ja aus?

„Mir is nicht, Kurt.“ Das brachte sie noch gerade mühsam heraus, dann war es vorbei. Ihre selbstbewußte Haltung, ihre Selbständigkeit, auf die sie so stolz war, das brach alles zusammen.

„Aber, Anna —!“ Er sagte sie vorsichtig mit seinen harten Händen an den Schultern. Große Gefühlsausbrüche hatte es bei ihnen bisher nicht gegeben. Das machte jeder, wenn es überhaupt

notwendig war, mit sich allein ab. Wenn sie wenigstens Krach gemacht hätte oder schimpfen würde, gut! Das hätte er noch verstanden, darauf konnte er antworten. Da gibt es eben wieder einmal eine Disziplin, wie sie sie schon oft hatten, wenn auch jetzt nicht die richtige Zeit dafür war. Nein, er war gänzlich hilflos und wünschte nur immer, daß Anna schnell wieder „vernünftig“ würde, so, wie sie immer war...

Auf den Treppen und über den Hof gingen Leute. Im 3. Stock hatte der Jupp sein Grammophon an das offene Fenster gestellt und ließ den Rotgardistenmarsch von einer Schalmeyentabelle bliesen. Das ganze Haus pfliff, lang, polterte und machte Kärm. Aus einem Fenster wurde über den Hof gerufen.

Kurt hörte, wie Paul schon wieder pfliff. Auf einen Fegen Papier schrieb er: „Zehn Uhr vor der Roten Nachtigall“, und legte ihn neben Anna, die still, mit vornübergefuntenem Leib auf auf Küchenstuhl sah, auf die Mitte des Tisches.

Erst als Anna hörte, wie draußen die Haustür zuschlug, fing sie wieder an zu denken. An der Tür auf einem Nagel sah sie seine alte Arbeitsjacke hängen, auf dem Stuhl lag die grüne, ausgemachte Strickjacke. Sie fühlte eine müde Entspannung, die sie merkwürdig klar und leicht machte. Sie wußte jetzt, daß das einmal hätte kommen müssen. Jetzt war es eben passiert, und er hatte sie klein und schwach gesehen. Daran war nichts mehr zu ändern. Eine andere Frau wäre vielleicht schon früher zusammengebrochen.

Sie sah den Zettel auf dem Tisch liegen. Mit der Hand strich sie das Stück Papier glatt, das seine großen, schräg durcheinanderstehenden Buchstaben trug. — Sie blinzte auf die Uhr. Es war noch Zeit!

Paul trat mit Kurt zusammen auf die Straße. Ueberraschend blieb sie stehen. Die Gasse war ein leuchtender, roter Fahnenweid. Es gab nahezu kein Fenster, aus dem nicht ein rotes Tuch wehte, und wenn es ein noch so bescheidenes, rotes Fegen war. Aus mehreren Fenstern hingen große rote Transparente: „Nieder mit dem Demonstrationsoverbot“ und „Straße frei am 1. Mai.“ Auf einem waren Sichel und Hammer gemalt und darunter stand: „Es lebe die Sowjetunion — erkämpft euch Sowjetdeutschland!“ — An der Ecke der Wiesenstraße hing quer über den Damm ein rotes Tuchtransparent, auf dem in riesigen Buchstaben leuchtete: „Rot Front!“

Vor den Häusern standen Männer, Frauen und Kinder mit roten Papierblumen am Jackett. Viele Kinder trugan kleine, selbstgeklebte Papierfahnen, auf denen eine geballte Faust, ein

Sowjetstern oder Sichel und Hammer abgebildet waren. Sogar einige kleine Geschäftsinhaber der Gasse hatten ihre Schaufenster mit Bildern von Lenin, Liebknecht, Rosa Luxemburg oder mit einem roten, fünfzähligen Stern geschmückt. Krüdenmaze hatte seinen ganzen Zigarettenladen feillich hergerichtet. An mehreren Häusern klebte die Titelseite der Mainummer der „Roten Fahne“. Davor standen die Bewohner, lasen den Text und diskutierten miteinander.

Zwischen 9 und 10 Uhr füllten sich die umliegenden Straßen immer mehr mit Arbeitern, die in lose zusammenhängenden Gruppen auf dem Bürgersteig hin- und hergingen. Ueberall leuchteten die roten Papierfahnen auf den Anzügen der Arbeiter und auf den Blusen der Frauen.

Vor der „Roten Nachtigall“ war es so voll, daß Paul kaum durchkommen konnte. — Ein Blödsinn ist es, schimpfte er vor sich hin, den Hermann ausgerechnet heute nach Brandenburg, in dieses Kaff, zu schicken. Herman war der einzige in der Gasse, der die Möglichkeit gehabt hätte, diese Masse fest in der Hand zu behalten. Paul fühlte sich unsicher, er wußte, daß er keine Führernatur war. Seinen Mann würde er überall stehen, wo man ihn hindrängte. Aber er spürte, daß die Erregung der Leute über das Verbot der Maidemonstration und über die provokatorischen Ankündigungen des Polizeipräsidenten zu stark war. Bei dem geringsten Anlaß konnte es zu einer gefährlichen Entladung kommen! Vor dem Lokal sah er eine ganze Reihe sozialdemokratischer Arbeiter, die sich bisher nie an den Demonstrationen der kommunistischen Partei beteiligt hatten, aber heute offensichtlich bereit waren, sich gegen das Verbot ihres eigenen Parteigenossen der Straßendemonstration anzuschließen.

Am Eingang der „Roten Nachtigall“ meldete ihm ein Kurier, daß rings um das Kösliner Viertel ein starkes Schuppaufgebot zusammengezogen worden war... in dem Wohlfahrtsamt in der Bankstraße, keine hundert Schritte entfernt, hielt sich eine ganze Hundertschaft Polizisten verborgen... der Kettelbedeckel war in ein polizeiliches Feldlager verwandelt worden... in verschiedenen Hausfluren der Reinickendorfer Straße hatte die Polizei „liegende Wachen“ eingerichtet. Auf den Straßen waren dagegen, wie immer, nur die üblichen Patrouillen der ständigen Revierbeamteten zu sehen, die sich zunächst neutral verhielten. Ab und zu fuhren die kleinen Ueberfallautos der Polizei, mit 6 bis 10 Schupos besetzt, in raschem Tempo durch die Straßen. Sie hatten nur Aufklärungsdienste zu leisten.

(Fortsetzung folgt)

Waldenburger Bergland

Der „Bek“ in Ohnmacht, Hoffmannstropfen sollen helfen!

Vergebliche Rechtfertigungsmanöver

Die Anprangerung des W.D. Hoffmann als gemeinen Gänger in der „Arbeiter-Zeitung“ hat ihn, den „Bek“, in ohnmächtige Wut versetzt. Er mußte dann doch einsehen, daß er von seinen treuen Kopfnidern falsch informiert worden ist, und demzufolge auch auf eine Klage gegen die „Arbeiter-Zeitung“ verzichten. Zu seiner Entschuldigung müssen die W.D.-Betriebsräte Birke und Opiß dokumentieren, daß sie von den roten Betriebsräten auf Walteis gestiftet wurden und sich so der Lächerlichkeit preisgaben. Diese beiden Betriebsratsmitglieder sind der richtige Typ von Berufs-Betriebsräten und Postenannämtern. Die Tatsache, daß nach der letzten Betriebsratswahl auf der Melchiorgrube der Betriebsratsvorsitzende wieder ein Kommunist war, ließ die Reformisten nicht ruhen. Alle Register lassen sie springen, um durch eine Neuwahl des Betriebsausschusses den Vorsitz des Betriebsrates erschließen zu können. Der Rücktritt eines kommunistischen Mitgliedes des Betriebsausschusses und das Nachrücken des nächstfolgenden nahmen sie zum Anlaß, um durch Klage beim Arbeitsgericht die Neuwahl des Betriebsausschusses zu erzwingen. Und das Arbeitsgericht gab diesen Wünschen statt, obwohl der beste Kommentarschreiber des W.D., Platow, der bisher bei den Gewerkschaften als der Prominenteste galt, dies verneinte. Bei der Zusammenziehung des Arbeitsgerichts, wo von drei Richtern zwei Sozialdemokraten waren, ist es keine Kunst, dem Willen der Gewerkschaftsführer Rechnung zu tragen. Die

sich nun notwendig machende Neuwahl des Betriebsausschusses ergab nun das klassische Ergebnis, daß die Minderheit im Betriebsrat, die freien Gewerkschaften, den Vorsitz des Betriebsrates durch das Los erhielten. Die Wahl des Arbeiterratsvorsitzenden ergab das natürliche Stimmungsbild der Belegschaft, indem ein Kommunist Vorsitzender wurde. Nun hatte der SPD-Betriebsrat Opiß endlich seinen Willen, er war Betriebsratsvorsitzender geworden. Aber nur eine Puppe stellt er dar, denn 90 Prozent der Tätigkeit des bisherigen Betriebsratsvorsitzenden sind Arbeiterratsangelegenheiten gewesen, die nun der rote Arbeiterratsvorsitzende zu erledigen hat.

Noch einmal wollen die reformistischen Kopfnider den Vorsitz im Betriebsrat als Aushängeschild benutzen, um den Schein zu wahren, als ob die freien Gewerkschaften noch nennenswerten Einfluß im Betriebe hätten. Die nächsten Wahlen werden ihnen aber beweisen, daß die Belegschaft sich keinen Vorsitzenden von der Minderheit im Betriebe aufsetzen läßt. Die Reformisten werden nicht mehr in die Verlegenheit kommen, auch nur durch das Los den Betriebsratsvorsitzenden stellen zu können.

Moralisch sind sie bei der Belegschaft als elende Postenannämter gekennzeichnet, denn, trotzdem die letzte Betriebsratswahl ein Wachsen der kommunistischen und ein rapides Fallen der reformistischen Stimmen zeigte, schämten sich diese Postenjäger nicht, als Minderheit der Mehrheit vorzutreten.

Tragischer Tod eines treuen Kämpfers

Groß-Merzdorf. Wir erhalten den Bericht über eine erschütternde Proletariatstragödie, die den Wohnsitz der sogenannten „göttlichen Weltordnung“ trefflich beleuchtet. Im hiesigen Orte gehörte zu der noch kleinen, aber rührigen Schar unserer Kämpfer auch der Genosse Treidler. Ursprünglich irreguliert durch die Phrasen der Nazis und Stahlhelmer, gehörte er den Lehteren an, bis er durch den Besuch unserer Versammlungen und das Lesen unserer Presse erluchtet hatte, daß sein Platz in der SPD zu sein hat. Er trat der Partei bei und war bald ein wackerer Kämpfer für die Sache der Landproleten, so daß er wegen seinem Eintreten für die Arbeiter seine Entlassung erhielt. Dem Hinauswurf aus der Arbeitsstelle folgte mit Hilfe des Arbeitsgerichts die Ermittlung aus der Wohnung. Schließlich fand er Unterkunft in einer elenden Barackenwohnung. Trotz seiner fähigen Unterstützung zahlte er nicht nur in der Partei seine Beiträge, sondern auch in der Roten Hilfe war er ein treuer Mitglied, daneben stets bereit, noch ärmeren Klassenossen zu helfen. Welcher Opfermut dazu gehört, wird man ersehen, wenn man erfährt, daß der Genosse außer seiner Frau auch noch zwei kleine Kinder zu ernähren hatte, da seine Frau wegen der Kinder keiner Arbeit nachgehen konnte.

Am 26. Mai widerfuhr unserem Genossen ein tragisches Unglück. Sein zwei Jahre altes Kind wurde in einem kleinen Leiterwagen von einem Schulmädchen herumgeführt. Durch ein Versehen glitt der Wagen an einer steilen Stelle am Teich aus, und während es dem Schulmädchen gelang, das Kind noch aus dem Wagen zu holen und

so vor dem Ertrinken zu retten, glitt der Wagen in den Teich.

Unser Genosse ist ein armer Schlucker. Der Wagen stellt für ihn einen nicht unerheblichen Wert dar. Er konnte sich einen anderen nicht anschaffen, wenn er ihn nicht wieder bekommt. Er springt also in den Teich, um den Wagen zu holen. Da er kein besonders guter Schwimmer ist, mißlingt sein Vorhaben, und er muß um des Wagens willen sein Leben hingeben. Er ertrank und wurde eine halbe Stunde später als Leiche geborgen. Währenddessen liegt seine Frau im Wochenbett. Sie hatte einige Tage vorher einem dritten Kinde des Leben geschenkt, und war daher nicht in der Lage, die anderen Kinder so zu bewahren, wie das sonst der Fall war.

Somit der Tatsachenbericht. Eine Tragödie, wie sie längst in der kapitalistischen Gesellschaft zu Alltäglichkeiten geworden sind. Man nennt das „Ordnung“. Ein Leben um einen armen kleinen Kleinen Kinderwagen. Das ist „Ordnung“. Und wer gegen diese „Ordnung“ kämpft, ist ein Feind und muß gegebenenfalls niedergeschossen werden. Genosse Treidler war ein solcher „Feind“. Deshalb flog er zuerst aus der Arbeit, dann aus der Wohnung, und als letzte Folge ging es in den Tod. Ein Schicksal, erschütternd als auch lehrreich zugleich. Die Groß-Merzdorfer Arbeiter werden aus diesem Tod lernen und dem toten Kämpfer nicht bloß ein treues Andenken bewahren, sondern auch in seinem Sinne weiterkämpfen, bis es gelungen sein wird, eine Gesellschafts„ordnung“ zu beilegen, die solche Tragödien zu einer Alltäglichkeit gemacht hat.

Grubenfunze

durchs Waldenburger Land

Am Pfingstsonntag marschierten 1000 Papphelmer, von denen 500 Kinder durch die Kreisstadt des benachbarten Jägerlandes nach dem Bergarbeiterdorf Weichstein. Sie erwarteten den Sonntag und die dem Rufe der kommunistischen Partei, demonstrieren unter strengen Auflagen gut diszipliniert. Was da nicht alles von der „Polizei“ Volkstempel verboten war! In verschiedenen Straßen, wo gewisse Straßensperren, durfte weder gespielt noch gesungen werden. Die Minderheiten wollten nicht gestört werden. Wie mag sich Herr Dörner in der kommenden, wenn er als Sozialdemokrat das Abingen der „Internationalen“ (die er früher selbst einmal mit Begeisterung sang, allerdings ist das schon sehr lange her) und anderer proletarischer Mäxer vorbietet. „Gott zur Ehr.“ Mich stört das Orgelblieseln eigentlich auch immer, wenn ich so vorbei gehe, aber da hat sich noch niemand daran gekümmert. Jedenfalls wurde die „Internationale“ von den Arbeitern in den Straßen unter a, b, und c gepfiffen. Nach der Auflösung des Zuges in Weichstein entwickelte sich daselbst reges Leben. Arbeiter, was ist du dabei? Warum nicht? Auch du gehst in die Klassenfront.

Morgen wollen sich Viktor-Selbstes Papphelmer in Schillingen breitmachen. Von 8 Uhr früh bis 10 Uhr werden 15 Sonderzüge mit „Schlachtwagen“ beladen durch unser Jägerland rollen. Die Reichsbahn-WG. ist so besorgt um die Deutschländernummerer und Clappenschweine, daß eine Sonntagserziehung für Schrankenwärter u. a. nicht in Frage kommt, damit alles gut von Station geht. Auch wir müssen auf der Hut sein und werden keine Probation durchfahrender Papphelmer dulden. Wir demonstrieren heute abend (Sonntagabend) in Waldenburg zum Protest gegen den Aufmarsch der Monarchistenclique und bekunden damit den Willen zur Abwehr.

Genossen, Arbeiter, „Sturmbereit!“

Recht „arbeiterfreundlich“ ließ sich der Apotheker aus Weichstein in der Straßenbahn aus, als er am Pfingstsonntag unsere Demonstration vorbeimarschieren sah. Er regte sich unter anderem darüber auf, daß die Kommunisten von der Polizei bedrängt würden, die

An alle Kassierer der RGO. der Erwerbslosen- und Betriebsgruppen

Achtung! Beitragsmarken sowie Sturmmarken sind bis Montag franko Arbeiter! Da also, richten Sie sich auch danach!

ändern (wahrscheinlich die Nazis) aber nicht. Der Herr Dörner scheint bis heute geschlafen zu haben, daß er über den bedenklichen Zustand der Nazis von Polizei und Justiz gewahrt wird, nach dem er auf hat. Eine Frage, Herr Apotheker: Was wenn man die meisten der meisten Willen und sonstigen Anzeichen der? Wenn es sich um kranken Arbeiter. Da also, richten Sie sich auch danach!

Der Urmacher Volke in Weichstein, der Herr Dörner, Thomas (Tiefbau) Arbeiter. Allerdings mit einer Bedingung, daß der vermeintliche Arbeiter keiner Arbeit nachgehen darf. Herr Dörner jagt also damit den Arbeiterpostenangehörigen Mitglieder ob und veranlaßt sie, bei der katholischen „Jugendkraft“ zu spielen. Was würde wohl Herr Dörner, wenn ihm irgend jemand auf die Idee käme, ein solches „Jugendkraft“ das die sogenannte Christlichkeit, die... zu nutzen, um für eine katholische... Diese Methode scheint bei der...

Große Aufregung hat im Waldenburger Land... herrscht, als eines Nachts die Mäxer... Mann wurden mobilisiert. Man soll da den Kopf... aus Merzdorf mit einem Tändchen... wenig verblüfft gewesen sein. Der Sozialdemokrat... sich mit seinem Tändchen... anderes Plätzchen suchen. Im Grunde... unredlich, alter Schalter, und man... auch uns, doch nicht unnötig...

Wo funzt' mer nächste Woche, ha?

Markklissa

Der Stahlhelm läuft Spießruten

Im Propaganda für den Stahlhelm in Preußen zu machen, und man unser Dneistaltstädter mit dem Pelade... Noten vernichten. Doch dieses Vernichten... kommen, als man sich vorgestellt hatte. Tausende... Soldatenlieder „Was nützt mir ein schönes Mädchen, wenn andere mit ihr schlafen gehn“ usw. alarmierten sie die Arbeiter... Markt versuchten sie mit Revolvern und Stahlflecken ihrem... „Geist“ Betätigung zu geben. Bei der Bekanntheit mit proletarischen... gaben sie ihre Absicht auf und mußten unter den... Niederrufen der Klassenbewußten Arbeiterschaft in Polizei-... eglertung das Städtchen verlassen. Der Führer... mußte erleben, daß auch seine Kräfte nicht ausreichten, um seinen Kumpanen beizustehen.

Dem Schmod vom „Generalanzeiger“, dem auch Journalisten... Gränder werden die Augen ob des geschlossenen Abwehrwillens... der Arbeiterschaft aufgegangen sein. Da nützen keine Verbündungen... der Arbeiterschaft, immer mehr werden die Profeten dieses Treibens... heraus.

So wie am vergangenen Mittwoch, wird die Markklissa Arbeiter... schaft auch in Zukunft zur Abwehr der faschistischen Elemente bereit... stehen. Auch für Markklissa heißt es:

Kein Brot, keinen Schluck Wasser den Stahlhelmbanden! Markklissa bleibt rot!

Landeshut

Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen

Berthelsdorf. Zur kapitalistischen „Ordnung“ gehört es auch, oder soll es wenigstens gehören, daß der Sonntag geheiligt wird. Wie diese „Heiligung“ in der Praxis oft aussieht, wissen unsere Leser. Wenn die Heiligkeit des Profits dadurch in Gefahr gerät, dann wird auf die „Heiligkeit“ des Sonntags gepfiffen. So ist es auch hier. Beim Aufbau des Sägewerks wurde hier Sonn- und Feiertags gearbeitet. Kein Teufel fragte nach der Sonntagsruhe. Anders wurde die Sache, als einige Bauern, sicher nicht aus Vergnügen, am Sonntag kleinere Arbeiten auf den Feldern verrichteten; da bekamen sie sofort Strafbefehle, weil sie eben den Sonntag „entheiligt“ haben. Die Heuchelei, die sich hierin ausdrückt, ist um so schlimmer, weil es ja dieselben herrschenden Klassen sind, die durch ihre Organe die Bauern bestrafen lassen, nachdem sie dieselben durch eine verbrecherische Politik so weit gebracht haben, daß diese Bauern oft tatsächlich aus purer Not Sonntags arbeiten müssen.

Schömburg

Schäbiger Naziegoismus

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Zu diesem Grundsatz wollen sich die Nazis bekennen. Das heißt, sie sagen das wenigstens in den Versammlungen bzw. lassen es von ihren Agitatoren sagen, und zwar zum Preise von 20 Mark aufwärts. Bei Hitler selbst kostet das Verkünden dieses Grundsatzes sogar bis zu 2000 Mark, weil anders dieser Maulheld diesem Grundsatz sonst nicht treu bleiben könnte. Unter solchen Umständen ist es weiter kein Wunder, daß auch die Kleinen Nazi-Schächer in ähnlicher Weise jenem Grundsatz huldigen. So ist hier bei den Weichsteinalarbeitern im Windbruchgebiet ein Vorarbeiter mit Namen Saulich, der auch auf seine Art den Gemeinnutz praktiziert. Nur wer auf Hitler schwört, erhält das beste Holz, während andere Arbeiter regelmäßig mit schlechtestem Holze vorlieb nehmen müssen. Es versteht sich dabei von selbst, daß dies nicht etwa aus Idealismus für den Nazionismus geschieht, sondern weil sich seine Jünger in entsprechender Weise für die Bevorzugung werden ersehnlich erweisen. Aber der Wurche mag sich gesagt sein lassen, daß sich vor allem die älteren Arbeiter diese Nazionart eines Gaußlich auf die Dauer nicht werden gefallen lassen und ihm zu gegebener Zeit in proletarischer Weise beibringen werden, was recht ist.

Bolkenhain

10 Tage Gefängnis ohne jeden Beweis!

Unser Genosse Hiller erhielt dieser Tage einen Strafbefehl zugestellt, worin man ihm mitteilte, daß ihn die Staatsanwaltschaft beschuldigt, sich gegen Paragraph 11 Nr. 1 der Rotverordnung vom 28. März d. J. vergangen zu haben, und man diktierte ihm eine Strafe von 50 Mark oder zehn Tage Gefängnis zu. Welches graufige „Verbrechen“ beging Genosse Hiller? Ende April gab die SPD-Ortsgruppe Handzettel heraus, auf denen zur Walfundgebung und Demonstration aufgefordert wurde. Zwei dieser Zettel, die nebenbei bemerkt keiner Genehmigung bedürften, wurden von irgendjemand an einen Baum geheftet. Genosse Hiller hat weder mit der Herausgabe, noch mit dem Aufheften der Zettel etwas zu tun. Da man nun den wirklichen „Sünder“ nicht wußte, diktierte man ohne jegliche Vernehmung dem Genossen Hiller obige Strafe zu. Wenn die Justiz glaubt, dadurch die Agitation und Propaganda der Kommunisten unterbinden zu können, täuscht sie sich gewaltig. Ein solches Urteil kann nur ein Aufsporn sein, aktiver und intensiver in Agitation und Propaganda zu sein. Genosse Hiller denkt auch keineswegs daran, weder die 50 Mark zu zahlen, noch sich zehn Tage in die Käsematten der von Fäulnis durchlöchernten Republik zu begeben. Er wird erst noch mal dem Klassenrichter Gelegenheit verschaffen, dem Genossen sein „Verbrechen“ etwas näher zu beweisen:

So muß Munition gesammelt werden

Die Ortsgruppe Liebenzig, vor drei Monaten gegründet, hat 125 Prozent ihres Sammelzolls erreicht.

Die Ortsgruppe Freykradt, vor zwei Monaten gegründet, hat 60 Prozent des Zolls erreicht.

Schweinig, erst vor einem Monat gegründet, hat ebenfalls 60 Prozent des Zolls erreicht.

Wie lange wollen die älteren, die ältesten größeren und großen und größten Ortsgruppen hinter diesen drei Ortsgruppen zurückbleiben?

MAGGI'S SUPPEN

billigerm!

1 Würfel nur noch 10 Pfg.

Nicht auf halbem Wege stehenbleiben

Die Aufgabe der jungsozialistischen SPD.-Opposition

(Von einem Jungsozialisten)

Es ist offenes Geheimnis, daß die Führung in der SPD, der Widerstand gegen die demagogische Unselbstlichkeit eines zum Selbstzweck gewordenen Parteiapparates von Tag zu Tag zunimmt. Mit an der Spitze der Opposition, soweit sie mehr ist als Scheinopposition, stehen die jungsozialistischen Gruppen als der marxistisch besser geschulte und deshalb von der Politik der „Staatsbejahung“ und der „Wirtschaftsdemokratie“ am stärksten abgetrennte Teil der noch sozialdemokratisch organisierten Proletariat.

Um die Erhaltung seiner finanziellen und politischen Positionen zu bewahren, wendet der offizielle, sozialdemokratische Parteiapparat den Jungsozialisten und ihren oppositionellen Bestrebungen sorgfältige Aufmerksamkeit zu. In Berlin, in rheinischen und schlesischen Oppositionszentren lösten die Leute vom Schlag der Hellmann, Söllmann und Konsorten die jungsozialistischen Gruppen auf. Anberorts wurde von diesem offen feindschaftlichen Verfahren Abstand genommen und eine Unsumme weniger augenfälliger Mittelchen angewendet, z. B. Entzug der finanziellen Zuwendungen und Lokale, Nichtveröffentlichung der Mitteilungen über jungsozialistische Veranstaltungen in der SPD-Presse, Sabotage der jungsozialistischen Beschlüsse durch die SPD-Führung, Korruption der oppositioneller Führer durch Verschaffung von gutbezahlten Stellen usw.

Die Abwägung der jungsozialistischen Opposition im Reichsmassstab soll auf dem Leipziger Parteitag geschehen, wo die „Reorganisations“ der Jungsozialisten beschlossen werden wird; gleichzeitig, ob die Jungsozialistengruppen aufgelöst und an ihrer Stelle „Gruppen junger Sozialdemokraten“ unter der maßgebenden Führung des sozialfaschistischen Parteiapparates gebildet werden, oder ob man die Selbstverwaltung der jetzigen Organisation beibehält, auf jeden Fall wird künftig jede Möglichkeit oppositioneller Meinungsäußerung beseitigt sein. Die Mittel, mit denen dies geschieht, Vorgehen von Entschuldigungen und Anträgen, Ausübung organisatorischer und wirtschaftlicher Drucks usw., werden in vielfältig verstärktem Maße zur Verfügung stehen. Wie auch im einzelnen die „Entscheidung“ des Leipziger Parteitages ausfallen wird — sie ist nach gelegentlichen Äußerungen mancher Vorgesetzten zweifellos heute schon festgelegt — sie wird gegen die Jugend, gegen die aufrichtige Opposition, gegen den Marxismus gerichtet sein.

Die Jugend selbst wird auf dem Parteitag wohl wenig oder gar nicht zu Worte kommen, stellt selbst der „Klassenkampf“, das Organ der zentralistischen Scheinopposition der Sendeweg, Ströbel und Genossen fest. Und dabei hat eine zwei Seiten dahinter abgedruckte Entschuldigungs- und August Siegmund redigiert hat, die Stirn, über die „grundlegende Aufgabe der Sozialdemokratie von der demokratischen Solidarität des Proletariats“ die Töne zu reden und in der

allbekanntem Schlußsatz von der „Parteidiktatur“ über die kommunistischen Jugendorganisationen zu klingen.

Herr Siegmund ist kein Einzelfall. Auch sonst sind die „Stimmen“ getöse des Parteivorstandes, in der Jugendfrage nicht minder als in der Losierung Brünings. Der ehemalige „linke“ Kämpfer hat erst vor kurzer Zeit wieder die vollzogene Auflösung der Berliner Jungsozialisten für richtig erklärt. Im „linken“ Ortsverein Meilen der SPD wurde den Jungsozialisten ihre Schulungsarbeit durch Parteigenossen unmöglich gemacht, so daß der Gruppe nur noch die Auflösung möglich erschien.

Ueber den Weg, den die revolutionären Elemente der Jungsozialisten gehen müssen, wenn sie ihre marxistische Erkenntnis in die Wirklichkeit umsetzen wollen, herrscht gegenwärtig Unklarheit und demzufolge Uneinigkeit. Viele wiegen sich heute noch in der Illusion, es werde die kollektive Äußerung oppositioneller marxistischer Meinungen in der SPD, weiterhin möglich bleiben und einstmals werde die SPD, als Partei wieder marxistisch werden.

Ein weiterer Teil, etwa der Kreis um den „Roten Kämpfer“, glaubt an die Möglichkeit, eine neue Partei zu gründen und sieht nicht die Gefahr und die Schwierigkeiten. Auf die große Gefahr, die eine solche Neugründung für das kämpfende proletarische Deutschland im Gefolge hätte, hat Ernst Thälmann im Januar auf dem Plenum des ZK der SPD hingewiesen. Die Gruppe entschiedener Revolutionäre, die nach Ausschaltung unklarer, pazifistischer und ähnlicher Elemente verbliebe, wäre isoliert zu klein, um politisch irgendwelche Bedeutung zu erlangen. Eine Vereinigung mit verschiedenen zentralistischen Splittergruppen, wie manche sie herbeiwünschen, müßte an der fehlenden Einheitlichkeit und Klarheit dieser Gruppen und an dem Egoismus der „Führer“ scheitern. Und wodurch trennt sich eigentlich in den geistigen Grundlagen eine wahrhaft revolutionäre, marxistische Gruppe vom Bolschewismus? Sacklich in nichts, psychologisch durch die Rückstände sozialfaschistischer Führerhege, die auf die Dauer vergeblich verflucht wird, den Leninismus als unmöglich zu diskreditieren. Marxismus und Leninismus als Fortführung des Burgers und nicht als zusammenfassend.

Ein Teil der Jungsozialisten hat sich zu dieser Erkenntnis bereits durchgerungen, wie zahlreiche Einzelübertritte und geschlossene Übertritte zur SPD zeigen. Bei anderen gärt es. Diese gilt es zu erfassen. Ihnen muß klargemacht werden, daß nur die SPD, in der Lage und gewillt ist, die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Marxismus im Wege des entschiedensten Klassenkampfes durchzusetzen.

Dem Austritt aus der SPD, ein Stabium der Organisationslosigkeit oder das Aufgehen einer Splittergruppe folgen zu lassen, bedeutet ein verhängnisvolles Stehenbleiben auf dem halbem Weg zur revolutionären Aktion. Der konsequente Weg revolutionärer Jungsozialisten führt einzig und allein zur kommunistischen Partei.

Der erste Kongreß der Kommunistischen Partei der Philippinen

In diesen Tagen tritt der 1. Kongreß der kommunistischen Partei der Philippinen zusammen. Das ZK der SPD hat folgenden Telegramm an unsere Bruderpartei geschickt:

Die kommunistische Partei Deutschlands begrüßt und bewillkommt den 1. Kongreß der kommunistischen Partei der Philippinen als eine neue Division der revolutionären Weltarmee unter Leitung der kommunistischen Internationale. Die Gewinnung der breitesten Massen der Arbeiter und Bauern und die Durchführung einer Arbeit und eines Kampfes im Sinne der kommunistischen Internationale wird die Gewähr dafür sein, daß ihr in eurem Kampf gegen die Allianz der Kolonialisten, der Grundbesitzer und Kapitalisten mit dem amerikanischen Imperialismus, ungeachtet des weihen Terrors und der Unterdrückungsmahnahmen der Bourgeoisie siegreich sein wird. Wir grüßen euch mit unserem Kampfgruß Rot Front!

Kommunistische Partei Deutschlands, K. P. D.
Ernst Thälmann

14. Juni: Tag der proletarischen Solidarität

Die Arbeiter und Bauern der USSR, begrüßen den Solidaritätstag

In dem Zentralorgan der sowjetrussischen Gewerkschaften „Trud“ erschien in der Nummer vom 18. April ein Aufsatz über den Internationalen Solidaritätstag der IZK, aus dem wir folgenden Abschnitt wiedergeben:

Der 14. Juni ist der Internationale Solidaritätstag. Diesen Tag werden die Arbeiter aller kapitalistischen Länder unter der Führung der proletarischen Solidarität begehen. Die proletarischen Massen werden an diesem Tag ihren Willen zum Kampf für Brot und Freiheit, gegen soziale Kulturreaktion, gegen Lohnkürzungen und diskriminatorische Gesetze demonstrieren. Sie werden demonstrieren gegen Faschismus und Sozialfaschismus, gegen imperialistischen Krieg und Intervention, für die internationale proletarische Solidarität, für die internationale soziale Revolution.

Der 14. Juni wird ein Tag der internationalen Demonstrationen auch in den deutschen Grenzgebieten sein, Hand in Hand werden die deutschen Arbeiter mit ihren Klassengenossen jenseits der Grenze in der Tschechoslowakei, Holland, Frankreich, Dänemark und der Schweiz demonstrieren.

Das russische Proletariat wird seine Solidarität durch Besetzungen schreiben an die Betriebe und Fabriken, Kollektive und Gruppen der Arbeiterchaft in den kapitalistischen Ländern bekunden.

Der Internationale Solidaritätstag der IZK muß zu einem Kampftag des revolutionären Proletariats der ganzen Welt werden.

Stahlhelmbekenntnis für Kaiserreich und offene Diktatur

Am 18. Januar 1931 erklärte der Landesverbandsführer des Stahlhelm von Hannover auf einer Stahlhelmfeier in Celle folgendes:

In der Zukunft wird es nur zwei Parteien geben, die nationale Rechte und die Kommunisten. Alles was zwischen beiden Fronten steht, wird zerrieben. Die politische Lage ist ernst. Eine Diktatur liegt nicht im Bereich der Möglichkeit. Wenn die rote Fahne auf der Straße weht, muß der Stahlhelm marschieren. Eine andere Möglichkeit, und diese muß man erschaffen, ist die Rechtsdiktatur. Nur hierdurch wird der Bürgerkrieg vermieden. Gegen hunderttausend Mann Reichswehr, eineinhalb Millionen Stahlhelmer und sechs Millionen Nationalsozialisten wird sich auf der Linken kein Widerstand erheben.

Heute hätten wir eine Diktatur des Brüningstabettes; daß diese nochmals durch eine parlamentarische Regierung abgelehnt wird, sei ausgeschlossen. Bei der kommenden Diktatur werde es sich also nur darum handeln, ob sie von links oder rechts kommt.

Wirtschaftlich erstrebt der Stahlhelm die nationale Wirtschaft, d. h. ein Zurückgehen der Hebertaktikalisierung und eine Rückkehr zum Agrarstaat. Sein politisches Ziel ist die Abkehr von der Erfüllungspolitik, mithin die Bekämpfung Deutschlands.

In Deutschland aber frei, dann werde auch die verurteilte Kaiserkrone wieder gehoben werden. Für jeden Stahlhelmer gelte nach wie vor der seinem König geleistete Feudal Eid.

Die sozialdemokratischen Polizeiminister haben den Aufmarsch des faschistischen Stahlhelm in Breslau gestoppt. Jede Gegenüberhebung der Arbeiterklasse aber ist von denselben Ministern verboten worden. Das ist eine offene Unterstützung des Faschismus durch SPD-Minister. Arbeiter, kämpft die antifaschistische Kampffront gegen Faschismus und Sozialfaschismus!

„Wandert aus in Massen!“

Eine geradezu tolle Aufforderung des Brüningblattes an die deutschen Bauern. — Ein Bauernbrief aus Kanada an den Genossen Thälmann.

Während die kommunistische Partei in ihrem Bauernhilfsprogramm den Millionenmassen des werktätigen Landvolkes den Ausweg aus der immer größeren Verelendung zeigt, schlägt die „Germania“, das Zentrumsblatt Berlins, in einem Leitartikel vom 29. Mai den Bauern die kollektive Auswanderung nach dem Vorbild der Rußlanddeutschen vor!

„Solange ein Land seinen Bewohnern die Möglichkeit der Existenz bietet, ist die Auswanderung ein Privatunternehmen auf eigenes Risiko. Sobald aber diese Möglichkeit entfällt und Zwang den Abwanderungsstrom in Bewegung setzt, ist das öffentliche Interesse erweckt!“

Die „Germania“ gibt also die Unmöglichkeit für die werktätigen Bauern zu, in Deutschland noch eine Existenz zu finden! Und so empfiehlt sie die geschlossene Massenwanderung, die Kollektivwanderung — die einzige Bewegung, die „kollektiv“ betrieben werden soll. Nur so sei es den Auswanderern möglich, in den überseeischen Ländern eine Existenz zu finden. Dann wird an den angeblichen Erfolgen der ausgewanderten Kolonisten gezeigt, wie schön und segensreich eine solche Kollektivwanderung sei. Was diese Rußlandbauern erreicht hätten, sei nicht Zufall und Ausnahme.

„Der gleiche Weg steht allen offen! Man muß nur bereit sein ihn zu gehen.“

Mit diesen Worten schließt die „Germania“ ihre Betrachtungen.

Wir wollen nicht die zahlreichen Briefe abdrucken, die wir aus dem Rußlandlager Mölln und Hammerstein von solchen Rußlandflichtlingen erhielten, deren bereits ausgewanderte Verwandte sie vor der Überfiedlung nach Kanada und Brasilien warnen, und die daher wieder nach der Sowjetunion zurückwollen. Wir drucken hier den Brief ab, den

der ehemalige 2. Landesvorsitzende des Landesverbandes der Jungbauernschaft Badens unterm 10. Mai 1931 an

den Vorsitzenden unserer Partei, Genossen Thälmann, richtete:

„Cranbrook, B. C., 10. Mai 1931.

E. Thälmann,
Vorsitzender der kommunistischen Fraktion
des Deutschen Reichstages.

Sehr geehrter Herr!

Erlauben Sie mir eine Frage wegen Rußland. Der Untergezeichnete, ausgewandert 1927 nach Kanada, hat sein einbezahletes Geld in einer kanadischen Farm verloren. Trotz heftiger Erklärungen, Praxis in Großfarmen (mit jeder Maschine, Traktoren usw.) ist es mir nicht gelungen, ein eigenes Heim zu schaffen.

Sin 33 Jahre alt, habe Familie und 4 Kinder und etliche Freunde, die auch denselben Wunsch haben: nämlich als Fachmann für Farmen nach Rußland überzusiedeln. Meine persönliche Spezialität sind Weizenanbau und Weinbau.

War bis 1927 zweiter Landesvorsitzender des (lathe. IZK) — Die Red.) Landesverbandes der Jungbauernschaft Badens. Sie Freiburg i. Br. War als obgenannter Organisator der Bewegung beliebt und auch als Spezialist in den obgenannten Berufen im Lande bekannt. Von einem deutschen Rechtsanwalt bezogen ausgewandern,

habe ich Heimat und Geld verloren.

Wollte nun wieder in die Heimat zurück, doch auch dort ist es immer noch das alte: arm und reich, Spott und Unrecht am Schäffer.

Ich würde deshalb gerne nach Rußland auswandern von hier, wenn es möglich wäre.

Ich erlaube mir darum, bei Ihnen um einen Ratsschlag zu bitten. Vielleicht könnten Sie mir behilflich sein. Die russische Politik interessiert mich sehr. Habe noch drei Freunde, die mitwollen, gute, reelle Leute (ledig). Wären Sie nun so gütig und geben Sie mir Rat in der Sache. Werde Ihnen nicht zur Schande werden. Habe gute Zeugnisse, wenn Sie weiteres wissen wollen, ist meine babische Heimat mein bester Bürge.

Von Ihnen, sehr geehrter Herr, einen Erfolg für meine Bitte erhoffend, zeichnet mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr Theodor Ruhn
Cranbrook, B. C. Kanada.

In solche Verhältnisse, wie sie der nach Kanada ausgewanderte Bauer in seinem Brief an Genossen Thälmann schildert, will die Brüningregierung die verelendeten Bauern jagen, weil sie ihnen mit ihrer Bankrotspolitik nichts mehr als die Auswanderung zu raten weiß. Die werktätigen Bauern, die diese Politik auf eigenen Leibe verspüren, werden Hand in Hand für das Bauernhilfsprogramm der Kommunisten und für die Bekämpfung der Sowjetunion, dem ersten Lande einer freien Bauernschaft kämpfen, um aus Elend und Not herauszukommen und ein Sowjetdeutschland zu errichten.

Mit uns im Kampf um Arbeit und Brot

Die Brann-Kommission gegen die Arbeitslosen hat ihre Beratungen beendet

Wochenlang haben im Arbeitsministerium unter dem Vorhitz des ehemaligen Arbeitsministers Braun alle möglichen Leute zusammen, um Mittel und Wege zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu finden. Einem ersten Gutachten folgte ein zweites, und jetzt erreicht die Arbeitslosen die für sie geradezu als Hohn wirkende Nachricht, daß auch noch ein drittes Gutachten zustande gekommen ist, das Anfang nächster Woche veröffentlicht werden soll. Damit hat die Kommission ihre Arbeit beendet — aber noch nicht für einen einzigen Arbeitslosen Arbeit beschafft. Das konnte man von dieser Kommission auch nicht erwarten, die eigentlich nur errufen wurde, um den Arbeitslosen einen sogenannten Silberregen am Horizont

hingumalen, um sie von dem Gedanken abzubringen, sich im revolutionären Kampf selbst Arbeit und Brot zu erobern. Auch das dritte Gutachten dieser Kommission wird ein neuer Beweis dafür sein, daß das kapitalistische System unfähig ist, seine eigenen Gesetze zu regulieren, und daß es überreife ist zum Untergang.

Der Arbeitsbeschaffungsplan der kommunistischen Partei ist für jeden Proletarier so einleuchtend, daß dagegen die Doktorarbeit der kapitalistischen Wanderärzte jeden Anspruch auf eine ernsthafte Bedeutung verliert. Aber der Weg zu Arbeit und Brot kann nur in gemeinsamem Auftreten aller Werktätigen Volksschichten unter Führung der kommunistischen Partei und der KPD, erlämpft werden.

Von Bismarcks Ausnahmegesetz zu Severings Notverordnung

Die Waffen Bismarcks und Severings treffen nur Arbeiter — Bebel erklärt: „Monarchie und bürgerliche Republik sind kapitalistische Klassenstaaten“ — SPD.-Arbeiter, wollt ihr noch länger Stützen der Brüningrepublik sein?

12 Jahre Sozialisten-Verfolgung

Sozialistengesetz — Republikchutzgesetz — Brüning's Notverordnungen.

Das sind drei Stappen des Weges, den die Sozialdemokratische Partei zurückgelegt hat. Diesen Weg sollen alle SPD.-Arbeiter vor ihrem geistigen Auge vorüberziehen lassen, um den Abgrund zu erkennen, in den ihre Partei verfunken ist und um zu erkennen, daß es sich hier nicht um einzelne Fehler, sondern um eine gerade Linie des Arbeiterverrats handelt.

Als im Jahre 1878 die Schüsse von Hoedel und Nobiling auf Kaiser Wilhelm I. knallten, da benutzte Bismarck diese beiden Ereignisse, um seinen langgehegten Plan, die Unterdrückung der Sozialdemokratischen Partei, zu verwirklichen. Was tat es, daß Hoedel ein durch und durch verkommenes Bursche, ja sogar Mitglied der antisemitischen Christlichsozialen Partei des Hofpredigers Stöcker war! Was tat es, daß der Nobiling in der Sozialdemokratischen Partei völlig unbekannt gewesen ist! So wie 50 Jahre später Severing mit sadenscheinigen beweislosen Argumenten den Roten Frontkämpfer-Bund verbot, ebenso grundlos unterdrückte Bismarck mit dem Sozialistengesetz die Partei August Bebel's und Wilhelm Liebknecht's. Den wirklichen Grund verschwiegen beide: Die Angst vor der Sammlung immer breiterer Massen in diesen antikapitalistischen Organisationen.

Zwölf Jahre Verfolgung, zwölf Jahre Unterdrückung, zwölf Jahre Ausweisung und Emigration der führenden proletarischen Funktionäre. Zwölf Jahre Organisationsverbot. Zwölf Jahre, in denen nicht weniger als 1000 Jahre Gefängnis über die Arbeiter verhängt wurden, die sich für die verfolgte Partei und ihre Ziele einsetzten.

Man wollte den Bund töten, dessen Mitglieder sich zum Kampfe gegen das monarchistisch-kapitalistische System verschworen hatten. Aber Anfang der neunziger Jahre schon mußte die Bourgeoisie feststellen, daß die Sozialdemokratie, ungeachtet der Verfolgungen, mehr und mehr wuchs. Das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Sozialdemokratie resultierte aus dem Bewußtsein, daß hier zum erstenmal eine Organisation entstanden war, die mit offenem Biss für die Befreiung des Proletariats aus den kapitalistischen Banden kämpfte. Dieses Bewußtsein gab der Partei und ihren Anhängern die Kraft, dem übermächtigen Gegner zu trotzen und seine Aktionen zu durchkreuzen.

SPD.-Führer als Blutrichter des Republikchutzgesetzes

Einige Jahrzehnte später ist die Sozialdemokratie nach gründlicher Marierung zur Regierungspartei geworden. Kraft des revolutionären Aktes vom November 1918 hatte sie nun Gelegenheit, ihre Ziele durchzusetzen. Sie tut es nicht. Sie kann es nicht. Denn sie ist inzwischen, zuletzt ganz unverhüllt, in den vier Jahren des imperialistischen Gemetzel's zur Bundesgenossin der kapitalistischen Klasse geworden.

Auf dem Wege der Niederschlagung des revolutionären Proletariats durch die Sozialdemokratie wurde der Kapitalismus 1919 und in den folgenden Jahren restauriert. Um aber das revolutionäre Proletariat niederzuschlagen und am Boden zu halten, mußte die SPD. die militärischen Kerntropfen des alten Regimes, das kaiserliche Offizierkorps in entscheidende Funktionen setzen. So geschah es.

Moske, Ebert, Scheidemann gründeten und bewaffneten jene Freikorps, die, wie die kommunistische Partei voraussetzte, das Fundament der heutigen faschistischen Wordorganisationen waren.

Als 1922 der Faschismus sein Haupt erhob und seine Opfer sich nicht mehr nur unter den Arbeitern, sondern auch schon unter den Repräsentanten des Kleinbürgertums und Liberalismus holte, da wurde nach der Ermordung Rathenau's das erste Republikchutzgesetz vom Reichstag beschlossen. Es war bei dem vorhandenen Richterbestand und angesichts der Tatsache, daß die Schwerindustriellen und Großagrarier die Auftraggeber des Faschismus waren, ganz klar, daß dieses Gesetz nur gegen die Arbeiter angewandt werden würde. Und obwohl oder weil die sozialdemokratischen Führer Müller (Berlin), der DNVP-Fraudes, Schlichter Willel, Wolfgang Heine, Aufhäuser und Jaedel vom Textilarbeiterverband den berufsmäßigen Reichsrichtern als Beisitzer gegeben wurden, schickten sie an 4000 Arbeiter, aber nicht einen einzigen Faschisten, auf 6000 Jahre ins Zuchthaus, Festung und Gefängnis. Millionen Sturzarbeitern ist in fast allen deutschen

Dieses famose Kommunisten-Gesetz lief 1927 ab. Damals betragten die Deutschnationalen die Verlängerung des Gesetzes. Und tatsächlich erhoben sich am 17. Mai 1927 die

sozialdemokratischen mit den deutschnationalen Abgeordneten und reichten die Hände für ein Gesetz, das noch keinem Reaktionär etwas zuleide tat, aber zehntausende Arbeiterfamilien in Not und Elend brachte.

Es war nicht die Schuld der Klassenrichter, wenn es sich 1929 herausstellte, daß auch die Massenverurteilungen der verflochtenen zwei Jahre den Vormarsch des Kommunismus in Deutschland nicht hatten hemmen können. So machte sich denn der „Meine Metallarbeiter“ Severing daran, ein neues Republikchutzgesetz einzubringen, das ebenso wie das erste allen proletarischen Referenten und der Arbeiterpresse den Maulkorb umlegt, der Polizei das Recht zur Auflösung von Arbeiterversammlungen gibt, und die langandauernden Verbote für proletarische Organisationen und Zeitungen vorsieht.

Unter beispiellosen parlamentarischen Sturmjahren und dem Massenprotest der Arbeiterschaft in den Betrieben und Stempelstellen wurde dieses zweite Republikchutzgesetz angenommen, das sich von dem ersten nur dadurch unterscheidet, daß auch der Schein des Kampfes gegen die faschistische Reaktion aus ihm verschwunden ist. Daß Severing die Paragraphen des alten Gesetzes strich, in denen von der Verbotsrückkehr für den Exkaiser und von der möglichen Entlassung und Pensionierung hoher Beamter die Rede ist.



Wilhelm Liebknecht

Das war



Das ist



die SPD.



Jörgiebel

Uns liegen im Augenblick keine Zahlen über das Funktionieren des neuen Republik-Schutzgesetzes in den letzten fünf Vierteljahre vor. Aber man sehe sich die Angeklagten vor dem Reichsgericht an! Es sind ausnahmslos proletarische Funktionäre.

Severing erwirkt die neue Notverordnung

Mit den Masseneinforderungen aber haben Bourgeoisie und Sozialdemokratie nicht die Folgen der ökonomischen Ausplünderungen der proletarischen Volksmassen aus der Welt schaffen können. Für die tausende Verurteilten sind buchstäblich neue Millionen zur roten Front gestossen. Und diese Front marschiert. Das Republikchutzgesetz genügt nicht mehr, sagt Severing. Die wachsende Not durch den Lohndiebstahl, Zollwucher und Unterdrückungsraub schafft eine derartige Verzweiflungsstimmung, daß man noch schärfere und härtere Waffen anwenden muß, um der Massen Herr zu werden.

Mit dieser Begründung geht der preussische Innenminister zu Brüning und erwirkt die Notverordnung, dieses Schwert der

kapitalistischen Diktatur, die offiziell die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung und des Postgeheimnisses, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Versammlungs- und Vereinsfreiheit und den Schutz des Eigentums aushebt. Wohl gemerkt, nicht das Eigentum der Millionäre wird angefaßt, sondern nur das der Arbeiterorganisationen.

Seitdem dieses Gesetz erlassen wurde, sitzen die Schutzleute auf dem Podium, von dem aus die Referenten zu den Arbeitermassen sprechen, sind unzählige Versammlungen der kommunistischen Partei und ihrer befreundeten Organisationen angesprengt worden, hat Herr Grzesinski fastlich alle proletarischen Spielgruppen verboten und die Jugendweiche im Sportpalast aufgehoben, werden die Demonstrationen der Arbeiterschaft und die Veranstaltungen der roten Sportler verboten. Und unterdessen verurteilt auf Grund des Severing'schen Republikchutzgesetzes das Reichsgericht einen kommunistischen Reichstagsabgeordneten nach dem anderen, den die Sozialdemokraten zusammen mit den Deutschnationalen der Klassenjustiz ausgeliefert haben.

Bismarcks Ausnahmegesetz ist Severings geltendes Recht

Das Ausnahmegesetz von 1878 ist heute geltendes Recht gegen die Arbeiterschaft geworden. Nur die Wäter dieser Unterdrückungsgesetze haben das Gesicht gewechselt. Damals war es Bismarck, heute sind es Severing und Brüning. Statt der konstitutionellen Monarchie haben wir heute die Weimarer Verfassung. Aber nein, wir haben sie ja gar nicht, sie ist ja abgebrockelt. Republikchutzgesetz und Notverordnung haben aus dieser Verfassung alles eliminiert, was noch den „Ludergeruch der Revolution“ an sich trug, und nur der Artikel 48 ist von dem Bürgerkodex und keiner SPD. jetzt wie ein Todeskhabillier worden.

Nach dem Sozialistengesetz waren Vereine, die durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezweckten, verboten worden. So Bismarck.

Heute ist der Rote Frontkämpferbund und die antisemitische Jugend verboten. So Severing.

Es gibt keine Bestimmung des Sozialistengesetzes, die nicht hundertmal schärfer durch die sozialdemokratischen und bürgerlichen Machthaber von heute angewandt wird. Nicht das System, nur sein Name hat sich geändert. Es ist das gleiche geblieben. Geändert hat sich die Sozialdemokratie, die aus einer Partei des Kampfes gegen den Kapitalismus zu dessen Schutzschild geworden ist.

Heute schlägt der Gummitrappel, wie vor 50 Jahren der Säbel. Heute läßt Severing die Gewehre schießen, wie Bismarck es tat.

Und wer empfängt die Wunden? Es sind heute wie damals die Menschen des vierten Standes, die Arbeiter.

Und es kann auch gar nicht anders sein. Schon August Bebel hat 1912 in Amsterdam gesagt:

„Aber ob Monarchie, ob bürgerliche Republik: beide sind Klassenstaaten, beide sind eine Staatsform zur Aufrechterhaltung der Klassenrechte der Bourgeoisie, beide sind bestimmt, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu führen. Daher wird auch unter beiden Staatsformen die Gesetzgebung in erster Linie im Interesse der herrschenden Klasse gestaltet.“

SPD.-Arbeiter! Wir wissen, daß ihr nicht die Klassenrechte der Bourgeoisie, der bestehenden Klasse verteidigen wollt! Wir wissen, daß ihr mit tiefstem Mißtrauen euren verräterischen Führern gegenübersteht, die in wenigen Tagen auf dem Leipziger Parteitag eure Auslieferung an das Brüningregiment besiegeln wollen!

Jetzt folgt dem Beispiel eurer vielen Kollegen! Zieht auch ihr endgültig den ideologischen und organisatorischen Trennungstrich zwischen euch und den Wels, Severing und Grzesinski! Ihr habt mit ihnen nichts gemein. Ihr gehört in Betrieb und Stempelstelle zu den durch die SPD.-Politik Ausgebeuteten.

Die revolutionäre kommunistische Freieheerarmee wartet auf euch. In ihren Reihen ist euer Platz!

Im Spiegel der SPD.

So dachte man vor 50 Jahren . . .

SPD.-Führer von Vöhlmar schrieb 1882 in dem von Bismarck mit Hilfe des Sozialistengesetzes verbotenen Zentralorgan der Sozialdemokratie:

„Sagen wir offen und steinnackig unseren Feinden: Jawohl, wir sind staatsgefährlich, denn wir wollen euch vernichten. Jawohl, wir sind die Feinde eures Eigentums, eurer Ehe, eurer Religion und eurer ganzen Ordnung. Jawohl! Wir sind Revolutionäre und Kommunisten. Jawohl! Wir glauben fest an eine baldige Umwälzung und Befreiung, wir hoffen auf sie und bereiten uns durch geheime Organisation und Agitation und alles, was eure Gesetze verbieten und uns gut dünkt, auf dieselbe nach Kräften vor.“

Als Engels in London diesen Artikel las, war er damit so einverstanden, daß er an Bebel schrieb: „Vöhlmar scheint sich herausgemacht zu haben.“ Das war, wie sich später herausstellte, ein Irrtum. Aber dies Zitat ist typisch dafür, wie die SPD. einst dem Kapitalismus gegenüberstand. Und heute?

Löbe prangert das Republikchutzgesetz an

Als das erste Republikchutzgesetz 1929 im Reichstag fiel, erklärte Löbe auf dem Kreisparteiabend der SPD. in Steinau, laut „Landbote“ vom 7. Juli 1929,

„daß er diesem Gesetz keine Träne nachweine, denn es fand in der Hauptsache nur gegen verbundene (!) Proletarier von links Anwendung, die man hart bestrafe, während unsere reaktionäre Justiz gegen gemeinste Verleumdungen von rechts die Republik für vogelfrei erklärte oder lächerliche Strafen verhängte.“

Diese Verurteilung des Republikchutzgesetzes hinderte denselben Löbe nicht, dem zweiten, gegen die Kommunisten noch verschärften Kommunistengesetz zuzustimmen

„Notverordnung schlimmer als Panzerkreuzer“

Am 30. März 1931 schreibt das sozialdemokratische „Sächsische Volksblatt“ zur Notverordnung, die von der SPD. mitangenommen worden ist:

„Mit dieser neuen Verordnung werden einschneidende Maßnahmen in Kraft gesetzt, die wesentliche Grundbegriffe der Demokratie beseitigen. . . Diese neue Notverordnung verhängt über Deutschland den Belagerungsstand, der sich jetzt, genau wie im Kriege, ausschließlich gegen das Proletariat auswirken wird. . . Wenn die Sozialdemokratie diese neue Notverordnung still hinlächelt, wie all die anderen Belagerungen vorher, so versäumt sie zu hindern das Schlimden der Waffe, mit der die Arbeiterklasse geschlagen werden soll. . . Die neue Notverordnung der Regierung, die wichtigste Grundrechte der Verfassung außer Kraft setzt, und entscheidende Teile der Demokratie beseitigt, ist schlimmer noch als die Panzerkreuzer.“

Protektion ist Trumpf!

Wetterwirtschaft beim Doppelner Amts- und Landgericht

Die Doppelner erwerbslosen Angestellten müssen zusehen, wie ihnen das tägliche Brot vom Munde geraubt wird, von „Damen“, die es wirklich nicht nötig haben, zu arbeiten, da ja ihre Eltern reichlich Geld haben und in guten Stellungen sitzen.

Doppeln ist die Stadt der Behörden und Beamten. Hier gibt es viele „Mentor“ und ein ganz besonderes Amt, das vielen Proleten nur zu gut bekannt ist: das „Amts- und Landgericht“. Wie in dieser schwarzen Domäne des Herrn Gaja gewirtschaftet wird, haben die wenigsten eine Ahnung.

Diese Behörde ist eine Versorgungsanstalt für Faschisten und alte Jungfern.

Wohle dem Angestellten, der auch nur durchblicken läßt, daß er „links“ eingestellt ist. Sofort ist er verloren; ihm wird das Leben zur Hölle gemacht. Und diese Behörde verdient es ganz besonders, unter die Lupe genommen zu werden, da sich die verantwortlichen Beamten so unantastbar wie nur irgend möglich fühlen. Die Beamten-töchter, die dort beschäftigt werden, „arbeiten“ nur für ihren persönlichen Luxus und Paderreisen, während ein erwerbsloser Familienvater seinen Kindern nicht einmal das notwendige Brot kaufen kann.

Wir Kommunisten stimmen nicht in das verlogene Geschrei der Einheitsfront von SPD, bis Nazi über die „Doppelnerbiener“ ein, aber was hier am Amtsgericht geschieht, ist übelle Protektion. Es handelt sich durchweg um Töchter der höheren Beamten.

Es soll nicht verkümmert werden, einige ganz besonders „bedürftige“ Damen namentlich aufzuführen. Fräulein von Wachs, ihr Vater ist Rechnungsrat a. D. und Hausbesitzer, bezieht also neben einem annehmbaren Ruhegehalt noch Einkünfte von seinem Grundstück. Fräulein Mendel, der Vater ist bei derselben Behörde Polizeimeister-Direktor. Fräulein Kauczor, ihre Mutter besitzt ein großes Haus. Fräulein Vayer, ihr Vater ist Reichsbahnbeamter. Fräulein Danin, Vater ist Baumeister. Fräulein Müller, Vater ist Justizinspektor. Fräulein März, Vater ist Eisenbahnbeamter. Dieses Fräulein war viele Jahre bei einer Expeditionsfirma beschäftigt, als ihr aber dort das Gehalt gekürzt wurde, hat sie natürlich dort die Arbeit niedergelegt und wurde auch gleich beim Gericht untergebracht.

Ein ganz trauriger Fall verdient erwähnt zu werden. Vor nicht allzu langer Zeit wurde dort ein Fräulein Sobotta eingestellt. Aber unter welchen Umständen kam diese Dame dort unter? Sie war bei einer hiesigen Kasse beschäftigt und wurde entlassen. Auf besonderen Wunsch des Herrn Landgerichtspräsidenten G. soll nun dieses Fräulein angestellt worden sein. Nun, Herr Landgerichtspräsident G., was haben Sie für ein persönliches Interesse an dieser Dame? Warum mußte Fräulein S. unbedingt angestellt werden? Wir haben Anspruch darauf, hier etwas Näheres zu erfahren.

Neben diesen Damen werden fast ausschließlich nur noch Landesjägern, Stahlhelmer und Nazis beschäftigt.

Auch einen Angestelltenrat gibt es bei dieser „Firma“. Von dem mecht jedoch kein Mensch etwas, denn er ist eifrig darauf bedacht, nur nicht etwa in Ungnade zu fallen. Eine ganz besonders feine Blüte, ein ganz köstlich „Streber“, ist der Obmann M. Dieser Radette nutzt seine Rolle als Angestelltenvertreter nur dazu aus, selber vorwärts zu kommen, er möchte doch selbst so gern Beamter werden. Unter seinen Augen werden viele Lieberstunden geschoben, natürlich ohne jede Entschädigung.

Klassenjustiz sucht nach neuen Opfern

Neustadt, 27. Mai. Noch allzu sehr sind die letzten Prozesse gegen Klassenbewußte Proletarier in Erinnerung, wo die Klassenjustiz sich auf Seiten der Faschisten stellte und als Hüter der kapitalistischen Ordnung „Ezempel“ statuierte, die als Abschreckungsmittel die Arbeiter vom Kampfe gegen dieses System abhalten sollten, und die Massen von den kommunistischen Versammlungen und Kundgebungen fernzuhalten. Doch sie haben sich geirrt. Wir mühten nicht in dieser ausbeuterischen Gesellschaftsordnung leben, wo der Arbeiter die Erkenntnis der Notwendigkeit des Kampfes tagtäglich eingehämmert wird. Immer mehr gehen die Arbeiter zum Kampfe über und schreden selbst vor der brutalsten Polizeimilitär nicht zurück. Die Demagogen, von den Nazis bis zu den Sozialisten, versuchen angehts des Anwachsens des revolutionären Massenwillens alle Mittel einzusetzen, um ihre Anhänger zu mäßigen. Nichts desto weniger glauben sie dies durch eine maßlose Hege gegen die kommunistische Partei erreichen zu können.

Die Massen bringen aber immer mehr ihre Sympathien der kommunistischen Partei entgegen, wovon die grandiosen Aufmärsche und Kundgebungen Zeugnis ablegen. Der Unwille gegen dieses System und die dieses System stützenden Parteien kann selbst durch Gummiknüppelattaden nicht eingeschränkt werden.

Den Beweis dafür lieferte eine sozialdemokratische Versammlung am 28. Februar, wo versucht wurde, unter dem Schutze von Gummiknüppeln den Verammelten die „Demokratie“ sowie das ganze kapitalistische System schmachhaft zu machen. Die versammelten Arbeiter und Werktätigen schienen jedoch in dieser Beziehung an derer Auffassung zu sein. Als sogar noch versucht wurde, die kommunistische Partei für alle gegen die Arbeiter gerichteten Maßnahmen verantwortlich zu machen, setzte ein ungeheurer Proteststurm ein. Die Polizei, die gemeinsam mit der Schutzabteilung des Reichsbanners versuchte, die „Ruhe und Ordnung“ wieder herzustellen, erwies sich als zu schwach.

Durch das brutale Vorgehen der Polizei war es unvermeidlich, daß so ganz zufällig die Schados im Saale herumrollten. Die Versammlung mußte geschlossen werden, weil die Gefahr bestand, daß sich die Erregung noch mehr steigern würde.

Vor dem Lafal provozierte die Polizei in der ihr eigenen widerwärtigen Weise.

Betterwirtschaft nach allen Regeln der Kunst. Da klettert kein Arbeiter aus keine vorgegebene Höhe gegen diese Zustände ein, und Schuld daran tragen die Angeklagten selbst, die bis heute, trotz dem sie Rohdampf schlecken müssen, noch nicht einsehen gelernt haben, daß sie mit den Arbeitern Schulter an Schulter kämpfen müssen, um zu ihrem Recht zu kommen, daß sie nur in einem Sowjetdeutschland als freie gleichberechtigte Menschen leben können.

Angestellte! Reicht euch ein in die rote Front aller Werktätigen!

Sinein in die SPD, und NSD, denn nur dort werden tati. sächlich eure Interessen vertreten. Ihr spürt doch täglich am eigenen Leibe, wie die Peitsche des Abbaues auf euch niedertrifft! Die Not eurer erwerbslosen Kollegen ist groß, mit hungrigem Magen laufen sie jeden Tag zur Stempelkassette, ohne Hoffnung, in diesem Staate noch jemals Arbeit und Brot zu finden. Darum nochmals, helft mit, einen Staat aufzubauen, wo alle Brot und Arbeit haben, und keine Protektions- und Wetterwirtschaft herrschen wird.

Die beiden Polizisten Müde und Krause (der Kleine) zogen bei dieser Gelegenheit ihre Pistolen.

(Vielleicht ist durch ihre bisherigen Gummiknüppelattaden ihr Blut durst erregt worden.) Die Arbeiter waren durch diese unbegründete Provokation auf das Höchste erregt, und nur durch das Dazwischentreten der Genossen Mehlhorn und Brig konnte ein Blutvergießen verhindert werden. Ganz bestimmt wären die Polizeibeamten ein Opfer des Volkszornes geworden. Als aber Verstärkung unter Führung des berichtigten Polizeimeisters Kitzelner erschien, setzte eine mörderische Gummiknüppelattade ein. So wie immer wurde wahllos, ohne den Passanten überhaupt Gelegenheit zum Laufen zu geben, darauf losgeschlagen!

Dieser Vorgang ist nun am 11. Juni Gegenstand einer Gerichtsverhandlung, in der Anklage erhoben wird wegen „Zusammenrottung, Aufruhr und Widerstand gegen die Staatsgewalt“, der gegen die Genossen Max Brig, Heinrich Wilmann, Erich Matulla, Ernst Krauschke sowie dessen Vater, den parteilosen Handelsmann Josef Krauschke. Die ganze Anklage ist ein von der Polizei zusammenkonstruiertes Machwerk, um ihr brutales Vorgehen zu „begründen“. Nicht die Urheber des Zusammenstoßes aus dem Saale sind angeklagt, sondern die Genossen, die absolut mit dem Vorgehen im Freien nichts zu tun hatten, sondern lediglich dem Willen der Polizei ausgeliefert waren. Damit die „Staatsautorität“ gewahrt wird, müssen eben mehrere Kommunisten daran glauben; aber einen Spitzbuben zu fangen, ist unsere Polizei nicht fähig. Sie ist eben nur auf den Kampf gegen Kommunisten gedrillt.

Der Prozeß soll nichts anderes als ein neuer Schlag gegen die kommunistische Partei sein. Man glaubt, das noch um so mehr tun zu können, da ja angehts der Methoden der Justiz die Gefahr besteht, daß diese dann nicht als Zeugen, sondern als Angeklagte mit in den Prozeß hineingezogen werden und ganz bestimmt verurteilt werden.

Das Urteil, wie es auch ausfallen möge, wird nicht dazu beitragen, das Klassenbewußtsein und den Kampfeswillen unserer Genossen herabzumindern. Im Gegenteil. Sie werden, und mit ihnen die gesamte Arbeiterklasse, weiter den Kampf gegen dieses System bis zur Liquidierung desselben führen. Unsere Parole lautet nach wie vor: Trotz Unterdrückung und Terror — der Kampf geht weiter!

Dreh-Vervielf.-Apparat „Rotafix“
gebraucht, mit Zähler, spottbillig RM. 98.—
Flach-Apparate nur von RM. 30.— an
Büromaschinenhaus Max Arnoldt
Breslau 5, Freiburger Str. 36
Telefon 590 03

Verkauf von billigen Möbeln
Hausrat und Nähmaschinen, Wanduhren (Regulatoren) und (auf neu gereinigten) Ketten zu bel. und herabgesetzten Preisen am Montag, dem 1. Juni 1931 auf dem Speicher 14, Zährstraße 14 am Mittwoch, dem 3. Juni 1931, in der großen Möbelhalle, Niederstraße 8/10, jedesmal von 9—12 Uhr, und gleichzeitig, wie auch sonst täglich im Laden des städtischen Werkhäuses, Niederstraße Nr. 8/10, Verkauf instandgelegter Möbel, Geblir, Bekleidung und Wäsche aus Nachlässen. Der Verkauf ist öffentlich, zu festen Preisen und nur gegen sofortige Barzahlung.
Wohlfahrtsamt der Stadt Breslau

„Phöbus-Brot“
das ideale Roggenbrot
4 Pfund = 57 Pfennig, empfiehlt
Gerhard Grabs
Brieg, Paulauer Straße 27

Beim Einkauf von **Herren- u. Knaben-Bekleidung**
bitte ich, stets meine Firma zu berücksichtigen. Ich biete Ihnen die größten Vorteile in bezug auf Preiswürdigkeit und Lieferung von Qualitätsware, weil ich den Zwischenhandel vollständig ausschalte und sämtliche Konfektion selbst fabriziere. — Bitte berücksichtigen Sie meine großen Lager!
Herren-Kleider-Fabrik Franz Kuhnert
Brieg, Lange Straße 11
Verkaufsgeschäfte:
Oppeln, Krakauer Straße 21
Frankenstein, Breslauer Str. 5
Hirschberg, Markt 16
Glatz, Roßstraße 1-3
Neiße, Breslauer Straße 1

Saganer Zentral-Molkerei
empfiehlt sich seiner werten Kundschaft

Achtung! Hausfrauen!
Empfehle meine **prima schles. Bettfedern** sowie Daunen zu niedrigen Preisen!
Bettfedergeschäft Liegnitz
Mittelstraße Nr. 20

Schuhe
nur von **Koschany**
Liegnitz, Haynauer Str. 8

Hirschberg im Riesengebirge
Geöffnet ist Sonntag, den 21. Mai die Adler-Apotheke, Langstraße 21.
Nacht-Fernsprecher 297
Diese verbleibt bis Sonnabend, den 6. Juni, früh, den Nachtdienst.

Euer Lokal ist das **Gast- u. Weinhaus Alfred Mayer**
Sommerfrische, Fremdenzimmer
Königshain, Grenze (b. Liebau)

Schlagschänke Krolschwitz
empfiehlt seine Lokalitäten und Garten für Vereine und Ausflügler

Vater's Gasthaus Neu-Jäschwitz
Angenehmer Aufenthalt

Musik-Instrumente
aller Art liefert
Musikhaus Joseph Schwarz
Liegnitz, Bäckerstraße 19
Einrichtung von ganzen Kapellen
Teilzahlung

AUSSTELLUNG UNSERE WOHNUNG
VOM 30. MAI - 28. JUNI 1931
AUSSTELLUNGSGEBÄUDE: SCHEITNIG
Heute Eröffnung!
Eintrittspreis 50 Pf. Geöffnet 10-19 Uhr
Jede Eintrittskarte berechtigt zur Teilnahme an der Ausstellungs-Lotterie. — 1. Hauptgewinn
1 kompl. Schlafzimmer-Einrichtung im Werte von 1000 Mk.

MATRATZEN-KINDERBETTEN METALLBETTEN
Beier & Olowinsky
HERRENSTR. 31 u. SCHWEIDN. STR. 10-11

Friedrich Goerlich, Malergeschäft, Sagan
Ausführung sämtlicher Malerarbeiten
Eigene Leiter-Rüstung. Telefon 638
Ältestes Geschäft am Platze

Inserate
haben in unserer Zeitung **besten Erfolg**

Porzellan Glas und Kristall Marmor Holz und auch Metall
wird mit **IMI** blankgeputzt!

IMI
wird mit **IMI** blankgeputzt!
Henkels zum Aufwaschen, Spülen, Reinigen.